Analysebericht



# VOX-Analyse September 2026

**Nachbefragung und Analyse**
**zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 27. September 2026**

©GFS.BERN | OKTOBER 2026

gfs.bern

## Projektteam

**Lukas Golder:** Co-Leiter

**Dr. Tobias Keller:** Projektleiter und Mitglied der Geschäftsleitung

**Ina Gutjahr:** Junior Projektleiterin

**Sara Rellstab:** Data Scientist

**Alessia Rainone:** Junior Data Scientist

**Zoe Bosshard:** Praktikantin Data Science

**Margret Tschanz:** Projektmitarbeiterin / Administration

**Roland Rey:** Projektmitarbeiter / Administration

# Inhaltsverzeichnis


1 DIE ZENTRALEN BEFUNDE ..... 4
2 DIE BETEILIGUNG ..... 6
3 DIE MEINUNGSBILDUNG ..... 11
3.1 Die Bedeutung der Vorlagen ..... 11
3.2 Die Verständnisschwierigkeiten und der Entscheidungszeitpunkt ..... 11
3.3 Die Informationsgewinnung ..... 12
4 INITIATIVE «WAHRUNG DER SCHWEIZERISCHEN NEUTRALITÄT (NEUTRALITÄTSINITIATIVE)» ..... 15
4.1 Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen ..... 15
4.2 Der Stimmentscheid nach politischen und sozialen Merkmalen ..... 16
4.3 Die Motive ..... 20
4.4 Die Resonanz der Abstimmungsargumente ..... 22
5 ERNÄHRUNGSINITIATIVE ..... 25
5.1 Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen ..... 25
5.2 Der Stimmentscheid nach politischen und sozialen Merkmalen ..... 26
5.3 Die Motive ..... 29
5.4 Die Resonanz der Abstimmungsargumente ..... 32
6 ANHANG ..... 34
6.1 Technischer Bericht ..... 34
6.2 Über die Studie ..... 38
6.3 gfs.bern-Team ..... 39

# 1 Die zentralen Befunde

*Zwei Volksinitiativen von den entgegengesetzten Polen des politischen Spektrums scheiterten am 27. September 2026 aus demselben Grund: Keiner gelang es, über das eigene politische Lager hinaus Mehrheiten zu gewinnen. Die Neutralitätsinitiative fand nur bei rechts aussen positionierten Personen und SVP-Sympathisierenden eine Mehrheit, die Ernährungsinitiative nur bei links aussen positionierten Personen und Sympathisierenden der Grünen. Ausserhalb dieser Kernlager blieb die Zustimmung durchwegs gering. Bei beiden Vorlagen zeigte sich dieselbe Leseweise: Die Grundanliegen fanden über das Ja-Lager hinaus Resonanz, die vorgeschlagenen Lösungen wurden aber als zu starr oder unrealistisch beurteilt. Die Neutralität als solche war bei der Neutralitätsinitiative kaum umstritten, eine klare Mehrheit wollte jedoch am Handlungsspielraum der heutigen Neutralitätspolitik festhalten. Versorgungssicherheit und Trinkwasserschutz wurden auch im Nein-Lager der Ernährungsinitiative breit unterstützt, das Selbstversorgungsziel von 70 Prozent innerhalb von zehn Jahren hielt aber selbst eine Mehrheit der Ja-Stimmenden für kaum realistisch. Die Stimmbevölkerung zog damit den flexiblen, schrittweisen Weg von Bundesrat und Parlament verbindlichen Verfassungsvorgaben vor. Die Neutralitätsinitiative wurde mit 29.8 Prozent, die Ernährungsinitiative mit 27.5 Prozent Ja-Stimmen abgelehnt. Die Stimmbeteiligung lag bei rund 47 Prozent und damit deutlich unter den Werten vom März und Juni 2026. Dies belegen die Resultate der VOX-Analyse zur Abstimmung vom September 2026, für die gfs.bern 3'266 Stimmberechtigte befragte. Die Studie wurde von gfs.bern durchgeführt und von der Bundeskanzlei finanziert.*

## Neutralität ja, starre Verfassungsregeln nein

**Volksinitiative «Wahrung der schweizerischen Neutralität (Neutralitätsinitiative)»**

Die Volksinitiative «Wahrung der schweizerischen Neutralität (Neutralitätsinitiative)» wurde mit 29.8 Prozent Ja-Stimmen abgelehnt und verfehlte auch das Ständemehr. Die Vorlage wurde von den Stimmenden als bedeutsamer wahrgenommen als die Ernährungsinitiative (Mittelwert 7.2). Für sieben von zehn Stimmenden stand der Entscheid von Anfang an fest. Das Stimmverhalten war stark politisiert. Zustimmung fand die Initiative vor allem bei Sympathisierenden der SVP, bei rechts aussen positionierten Personen sowie bei Stimmenden mit geringem Vertrauen in Bundesrat, Europäische Union und NATO. Über diese Kernbasis hinaus blieb die Vorlage kaum anschlussfähig: In allen übrigen Parteianhängerschaften, aber auch bei Personen ohne Parteibindung wurde sie mehrheitlich abgelehnt. Aussenpolitische Wertehaltungen prägten den Entscheid zusätzlich. Stimmende, die eine sich verschliessende und international neutrale Schweiz bevorzugen, unterstützten die Vorlage, während öffnungsorientierte Gruppen sie klar ablehnten. Soziodemografisch zeigte sich ein deutliches Bildungs- und Einkommensgefälle, jedoch kein Alterseffekt. Die Ja-Seite begründete ihren Entscheid vor allem mit dem Schutz der Neutralität, der Unabhängigkeit der Schweiz und dem Wunsch, sich aus Konflikten herauszuhalten. Die Nein-Seite verwies darauf, dass die Schweiz bereits neutral sei, und wollte den Handlungsspielraum, etwa bei Sanktionen, erhalten. Ausschlaggebend für das Nein war damit weniger eine Ablehnung der Neutralität als die Skepsis gegenüber ihrer starren Festschreibung in der Verfassung.

### Anliegen geteilt, Umsetzung als unrealistisch beurteilt

**Volksinitiative «Für eine sichere Ernährung – durch Stärkung einer nachhaltigen inländischen Produktion, mehr pflanzliche Lebensmittel und sauberes Trinkwasser (Ernährungsinitiative)»**

Die Ernährungsinitiative wurde mit 27.5 Prozent Ja-Stimmen abgelehnt und verfehlte ebenfalls das Ständemehr. Die Vorlage wurde als weniger bedeutsam wahrgenommen als die Neutralitätsinitiative (Mittelwert 6.4). Die Meinungsbildung erfolgte stärker im Verlauf des Abstimmungskampfes. Auch hier war das Stimmverhalten stark politisch geprägt, wobei die Zustimmung im Gegensatz zur Neutralitätsinitiative vor allem aus dem linken Lager kam. Eine Mehrheit fand die Initiative einzig bei Sympathisierenden der Grünen und bei links aussen positionierten Personen. Die Anhängerschaften von SP und GLP waren gespalten, das bürgerliche Lager lehnte die Vorlage nahezu geschlossen ab. Das Vertrauen in die politischen Institutionen spielte keine Rolle. Prägend war vielmehr das Vertrauen in Akteure des Umwelt- und Landwirtschaftsbereichs: Personen mit hohem Vertrauen in Umweltverbände stimmten mehrheitlich zu, Personen mit hohem Vertrauen in den Bauernverband lehnten deutlich ab. Frauen, Jüngere und Hochschulabsolvierende unterstützten die Vorlage überdurchschnittlich. Die Ja-Seite stellte Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit ins Zentrum. Die Nein-Seite hielt die Initiative für zu weitgehend und nicht umsetzbar und verwies auf die Konsumfreiheit. Ausschlaggebend für das deutliche Nein war, dass die Ziele der Initiative zwar breit geteilt, ihre Umsetzung innerhalb der vorgegebenen Fristen aber über alle Lager hinweg als unrealistisch beurteilt wurde.

### Durchschnittliche Mobilisierung bei klaren Ausgangslagen

**Die Beteiligung**

Mit rund 47 Prozent lag die Stimmbeteiligung im September 2026 im langjährigen Mittel und deutlich unter dem Niveau der Abstimmungen vom März und Juni 2026. Die Teilnahme blieb sozial selektiv: Ältere sowie bildungs- und einkommensstarke Stimmberechtigte beteiligten sich überdurchschnittlich häufig. Die höchste Beteiligung zeigte sich bei Personen ab 70 Jahren (70%), die tiefste bei den 18- bis 29-Jährigen (34%). Besonders stark hing die Beteiligung mit dem politischen Interesse zusammen. Sehr Interessierte beteiligten sich zu 82 Prozent, überhaupt nicht Interessierte nur zu 10 Prozent. Hoch war die Beteiligung zudem an den Polen des Links-Rechts-Spektrums: Rechts aussen positionierte Personen beteiligten sich zu 59 Prozent, links aussen positionierte zu 58 Prozent. Personen ohne Parteibindung blieben der Abstimmung dagegen mehrheitlich fern (30%). Als häufigste Gründe für die Nichtteilnahme wurden das Vergessen und Verhinderungen genannt. Gut jede achte nicht teilnehmende Person gab zudem an, das Ergebnis sei ohnehin klar gewesen.

**Die Abstimmungsvorlagen**

An der Abstimmung vom 27. September 2026 hatte das Schweizer Stimmvolk über zwei Vorlagen zu entscheiden: die Initiative «Wahrung der schweizerischen Neutralität (Neutralitätsinitiative)» und die Initiative «Für eine sichere Ernährung – durch Stärkung einer nachhaltigen inländischen Produktion, mehr pflanzliche Lebensmittel und sauberes Trinkwasser (Ernährungsinitiative)».

# 2 Die Beteiligung

Am 27. September 2026 haben die Schweizer Stimmberechtigten über folgende zwei Vorlagen abgestimmt:

1. Volksinitiative «Wahrung der schweizerischen Neutralität (Neutralitätsinitiative)»
2. Volksinitiative «Für eine sichere Ernährung – durch Stärkung einer nachhaltigen inländischen Produktion, mehr pflanzliche Lebensmittel und sauberes Trinkwasser (Ernährungsinitiative)»

Die Stimmbeteiligung betrug bei der Initiative «Wahrung der schweizerischen Neutralität (Neutralitätsinitiative)» 47.1 Prozent. Bei der Initiative «Für eine sichere Ernährung – durch Stärkung einer nachhaltigen inländischen Produktion, mehr pflanzliche Lebensmittel und sauberes Trinkwasser (Ernährungsinitiative)» betrug die Stimmbeteiligung 47.0 Prozent.[1] Mit 47 Prozent lag die Stimmbeteiligung im September 2026 deutlich tiefer als bei den Abstimmungen vom März und Juni 2026. Sie bewegte sich damit jedoch im langjährigen Mittel.

Tabelle 1 gibt Aufschluss darüber, welche soziodemografischen Gruppen sich bei der Abstimmung vom September 2026 besonders stark beteiligten und bei welchen Gruppen die Beteiligung vergleichsweise tief ausfiel. Die Beteiligung variierte vor allem nach Alter deutlich, aber auch nach Bildung und Einkommen. Geschlechterunterschiede fielen insgesamt gering aus, waren aber statistisch signifikant und zeigten sich vor allem in der ältesten Altersgruppe.

Das Alter erwies sich als besonders prägend. Die Beteiligung lag bei den 18- bis 29-Jährigen bei 34 Prozent, bei den 30- bis 39-Jährigen bei 37 Prozent und bei den 40- bis 49-Jährigen bei 36 Prozent. Ab 50 Jahren stieg sie deutlich an, auf 43 Prozent bei den 50- bis 59-Jährigen und 57 Prozent bei den 60- bis 69-Jährigen. Am höchsten war sie bei den über 70-Jährigen mit 70 Prozent. Ältere Stimmberechtigte nutzten ihr Stimmrecht damit rund doppelt so häufig wie jüngere.

Beim Geschlecht fielen die Unterschiede gering aus: Männer beteiligten sich mit 49 Prozent etwas häufiger als Frauen mit 45 Prozent. Wird zusätzlich nach Alter und Geschlecht differenziert, zeigt sich das bekannte Altersmuster in beiden Gruppen. Bei den unter 40-Jährigen lag die Beteiligung der Frauen bei 34 Prozent und jene der Männer bei 36 Prozent. In der mittleren Altersgruppe zwischen 40 und 65 Jahren beteiligten sich Frauen zu 41 Prozent und Männer zu 44 Prozent. Bei den über 65-Jährigen öffnete sich die Schere deutlich: Männer beteiligten sich mit 74 Prozent häufiger als Frauen mit 61 Prozent.

Ein deutlicher Zusammenhang zeigte sich beim Bildungsgrad. Personen ohne nachobligatorische Bildung beteiligten sich zu 35 Prozent, während Hochschulabsolvent:innen mit 60 Prozent deutlich häufiger an der Abstimmung teilnahmen. Berufslehre-Absolvent:innen und Personen mit Maturität oder höherer Berufsbildung lagen mit 42 resp. 49 Prozent im mittleren Bereich.

[1] Link zu bfs.admin.ch

Auch beim Haushaltseinkommen zeigte sich ein sozial selektives Beteiligungsmuster, wenn auch weniger linear als beim Alter oder der Bildung. In Haushalten mit einem Einkommen bis 3'000 Franken lag die Beteiligung bei 34 Prozent. In den mittleren Einkommenskategorien bewegte sie sich zwischen 41 und 54 Prozent, wobei Haushalte mit 7'000 bis 9'000 Franken mit 54 Prozent höher lagen als jene mit 9'000 bis 11'000 Franken mit 45 Prozent. Am höchsten fiel die Beteiligung bei Haushalten mit über 11'000 Franken mit 56 Prozent aus.

Damit bestätigt sich auch im September 2026 das bekannte Muster einer sozial selektiven Stimmbeteiligung: Ältere, formal besser gebildete und einkommensstärkere Stimmberechtigte machten deutlich häufiger von ihrem Stimmrecht Gebrauch.

**Tabelle 1: geschätzte Beteiligung nach soziodemographischen Merkmalen (in % der Stimmberechtigten)**

| Merkmale | Stimmbeteiligung (%) (gewichtet) | N | Cramérs V / Stichprobenfehler |
|---|---|---|---|
| total | 47.1 | 3212 | |
| Alter | | | V=0.27*** |
| 18-29 Jahre | 34 | 417 | ± 4.6 |
| 30-39 Jahre | 37 | 442 | ± 4.5 |
| 40-49 Jahre | 36 | 503 | ± 4.2 |
| 50-59 Jahre | 43 | 601 | ± 4 |
| 60-69 Jahre | 57 | 660 | ± 3.8 |
| 70 Jahre und älter | 70 | 589 | ± 3.7 |
| Geschlecht | | | V=0.04* |
| Mann | 49 | 1528 | ± 2.5 |
| Frau | 45 | 1684 | ± 2.4 |
| Geschlecht und Alter | | | V=0.27*** |
| Frauen/18-39 Jahre | 34 | 439 | ± 4.4 |
| Männer/18-39 Jahre | 36 | 420 | ± 4.6 |
| Frauen/40-65 Jahre | 41 | 777 | ± 3.5 |
| Männer/40-65 Jahre | 44 | 718 | ± 3.6 |
| Frauen/65 Jahre und älter | 61 | 468 | ± 4.4 |
| Männer/65 Jahre und älter | 74 | 390 | ± 4.4 |
| Bildungsgrad | | | V=0.16*** |
| keine nachobligatorische Bildung | 35 | 206 | ± 6.5 |
| Berufliche Grundbildung/Berufslehre | 42 | 1139 | ± 2.9 |
| Maturität/höhere Berufsbildung | 49 | 798 | ± 3.5 |
| Fachhochschule/Uni/ETH/Doktorat | 60 | 952 | ± 3.1 |
| Haushaltseinkommen | | | V=0.14*** |

| Merkmale | Stimmbeteiligung (%) (gewichtet) | N | Cramérs V / Stichprobenfehler |
|---|---|---|---|
| bis CHF 3'000 | 34 | 150 | ± 7.6 |
| CHF 3-5'000 | 44 | 353 | ± 5.2 |
| CHF 5-7'000 | 41 | 523 | ± 4.2 |
| CHF 7-9'000 | 54 | 444 | ± 4.6 |
| CHF 9-11'000 | 45 | 409 | ± 4.8 |
| über CHF 11'000 | 56 | 814 | ± 3.4 |

Angegeben ist jeweils die ungewichtete Anzahl Befragter (n) in jeder Merkmalsgruppe (Konfidenzniveau = 95%). Cramérs V-Tests (auf die Abhängigkeit der Variablen, d.h. H0: V=0) und Stichprobenfehler. *** = p < 0.001, ** = p < 0.01, * = p < 0.05.

Insgesamt zeigt sich, dass politisches Interesse und politische Bindung zentrale Erklärungsfaktoren für die Mobilisierung waren (Tabelle 2).

Entlang der Links-Rechts-Selbsteinstufung zeigen sich deutliche Unterschiede. Am höchsten war die Beteiligung bei Personen, die sich rechts aussen oder links aussen positionieren, mit 59 respektive 58 Prozent. Personen, die sich links positionierten, beteiligten sich ebenfalls überdurchschnittlich mit 57 Prozent. Deutlich tiefer lag die Beteiligung bei Personen, die sich rechts (44%) oder im politischen Zentrum (41%) einordneten.

Auch nach Parteisympathie zeigen sich klare Unterschiede. Am höchsten war die Beteiligung bei Sympathisierenden der GLP mit 75 Prozent. Bei den übrigen Parteien lag sie deutlich tiefer und relativ nahe beieinander: Grüne 56 Prozent, Mitte und SP je 54 Prozent, FDP 52 Prozent und SVP 51 Prozent. Personen mit Sympathie für andere Parteien beteiligten sich zu 50 Prozent an der Abstimmung. Besonders tief war die Beteiligung bei Personen ohne Parteibindung mit 30 Prozent.

In einem besonders starken Zusammenhang mit der Stimmbeteiligung stand das politische Interesse. Bei sehr Interessierten lag sie bei 82 Prozent, bei eher Interessierten bei 56 Prozent. Wer sich eher nicht für Politik interessierte, beteiligte sich mit 24 Prozent deutlich seltener. Die Beteiligung der überhaupt nicht Interessierten lag bei lediglich 10 Prozent.

Das Vertrauen in den Bundesrat stand in einem schwachen, aber statistisch signifikanten Zusammenhang mit der Stimmbeteiligung. Am höchsten war die Beteiligung bei Personen mit sehr hohem Vertrauen (51%), gefolgt von jenen mit sehr geringem bis geringem Vertrauen (49%) und jenen mit hohem Vertrauen (48%). Personen mit mittlerem Vertrauen wiesen mit 44 Prozent die tiefste Beteiligung auf.

**Tabelle 2: Beteiligung nach politischen Merkmalen (in % der Stimmberechtigten)**

| Merkmale | Stimmbeteiligung (%) (gewichtet) | N | Cramérs V / Stichprobenfehler |
|---|---|---|---|
| **Total** | **47.1** | **3212** | |
| **Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)** | | | **V=0.16*** ** |
| Linksaussen (0-2) | 58 | 368 | ± 5.1 |

| Merkmale | Stimmbeteiligung (%) (gewichtet) | N | Cramérs V / Stichprobenfehler |
|---|---|---|---|
| Links (3-4) | 57 | 550 | ± 4.1 |
| Mitte (5) | 41 | 808 | ± 3.4 |
| Rechts (6-7) | 44 | 631 | ± 3.9 |
| Rechtsaussen (8-10) | 59 | 487 | ± 4.4 |
| **Parteisympathie** | | | **V=0.2*** ** |
| SVP | 51 | 672 | ± 3.8 |
| FDP | 52 | 414 | ± 4.8 |
| Die Mitte | 54 | 384 | ± 5 |
| GLP | 75 | 162 | ± 6.7 |
| SP | 54 | 514 | ± 4.3 |
| GPS | 56 | 188 | ± 7.1 |
| andere Partei | 50 | 193 | ± 7.1 |
| keine | 30 | 362 | ± 4.7 |
| **Politisches Interesse** | | | **V=0.44*** ** |
| sehr interessiert | 82 | 566 | ± 3.2 |
| eher interessiert | 56 | 1631 | ± 2.4 |
| eher nicht interessiert | 24 | 800 | ± 3 |
| überhaupt nicht interessiert | 10 | 174 | ± 4.5 |
| **Vertrauen in den Bundesrat** | | | **V=0.05*** |
| sehr gering bis gering (0-4) | 49 | 585 | ± 4.1 |
| mittel (5) | 44 | 651 | ± 3.8 |
| hoch (6-7) | 48 | 789 | ± 3.5 |
| sehr hoch (8-10) | 51 | 1025 | ± 3.1 |

Angegeben ist jeweils die ungewichtete Anzahl Befragter (n) in jeder Merkmalsgruppe (Konfidenzniveau = 95%). Cramérs V-Tests (auf die Abhängigkeit der Variablen, d.h. H0: V=0) und Stichprobenfehler. *** = p < 0.001, ** = p < 0.01, * = p < 0.05.

Die Gründe für die Nichtteilnahme (Tabelle 3) entsprechen in den Grundzügen den Mustern früherer Abstimmungen. Am häufigsten wurde das schlichte Vergessen genannt: 32 Prozent der Nichtteilnehmenden gaben diesen Grund an. 24 Prozent begründeten ihre Nichtteilnahme damit, verhindert gewesen zu sein. An dritter Stelle folgte mit 13 Prozent die Annahme, das Abstimmungsergebnis sei ohnehin klar gewesen. 11 Prozent waren der Meinung, dass Abstimmungen sowieso nichts ändern würden. Je 10 Prozent konnten sich nicht entscheiden oder interessierten sich nicht für die Abstimmungsthemen. 8 Prozent empfanden die Abstimmungsthemen als zu kompliziert, und 7 Prozent waren der Ansicht, dass es auf die eigene Stimme ohnehin nicht ankomme. Je 5 Prozent gaben an, aus Prinzip

nie an Abstimmungen teilzunehmen, oder machten keine Angabe. Misstrauen gegenüber demokratischen Prozessen wurde mit 2 Prozent am seltensten genannt.

**Tabelle 3: Gründe für die Nicht-Teilnahme an der Abstimmung (in % der Nicht-Teilnehmenden)**

| Gründe für Nicht-Teilnahme | Anteil (%) | N |
|---|---|---|
| Ich habe vergessen, an der Abstimmung teilzunehmen. | 32 | 342 |
| Ich war verhindert. | 24 | 210 |
| Ich bin davon ausgegangen, dass das Abstimmungsergebnis klar gewesen ist. | 13 | 118 |
| Ich bin der Meinung, dass Abstimmungen sowieso nichts ändern. | 11 | 101 |
| Ich konnte mich nicht entscheiden. | 10 | 92 |
| Die Abstimmungsthemen haben mich nicht interessiert. | 10 | 93 |
| Die Abstimmungsthemen waren zu kompliziert. | 8 | 72 |
| Ich bin der Meinung, dass es auf meine einzelne Stimme sowieso nicht ankommt. | 7 | 66 |
| Ich nehme aus Prinzip nie an Abstimmungen teil. | 5 | 54 |
| Ich misstraue demokratischen Prozessen. | 2 | 21 |
| *weiss nicht/keine Angabe* | *5* | 47 |

Die Fallzahl der Nicht-Teilnehmenden beträgt 973. Mehrfachnennungen waren möglich.

# 3 Die Meinungsbildung

## 3.1 Die Bedeutung der Vorlagen

Die Befragten wurden gebeten, die persönliche Bedeutung der beiden Abstimmungsvorlagen auf einer Skala von 0 bis 10 anzugeben (Tabelle 4). Insgesamt zeigen sich Unterschiede in der wahrgenommenen Relevanz der Vorlagen.

Die Initiative «Wahrung der schweizerischen Neutralität (Neutralitätsinitiative)» wurde von den Ja- und Nein-Stimmenden als bedeutsamer wahrgenommen als die Ernährungsinitiative. Der Mittelwert lag bei der Neutralitätsinitiative bei 7.2, bei der Ernährungsinitiative bei 6.4. Drei Viertel der Stimmenden schrieben der Neutralitätsinitiative eine hohe oder sehr hohe persönliche Bedeutung zu. 39 Prozent ordneten sie auf der Skala bei 9 oder 10 ein, weitere 36 Prozent stuften ihre Bedeutung als hoch ein (6-8). 10 Prozent massen der Vorlage eine mittlere Bedeutung bei, 9 Prozent eine geringe und 6 Prozent eine sehr geringe Bedeutung. Auch bei der Ernährungsinitiative stufte eine Mehrheit die persönliche Bedeutung als hoch oder sehr hoch ein. Mit 64 Prozent lag dieser Anteil jedoch tiefer als bei der Neutralitätsinitiative. 39 Prozent ordneten die Vorlage der Kategorie «hoch» zu, 25 Prozent der Kategorie «sehr hoch». Gleichzeitig gaben 15 Prozent eine mittlere Bedeutung an, 13 Prozent eine geringe und 8 Prozent eine sehr geringe Bedeutung.

Es zeigt sich, dass beide Vorlagen von einer Mehrheit der Stimmenden als persönlich bedeutsam eingestuft wurden. Die Neutralitätsinitiative stand dabei stärker im Zentrum der persönlichen Wahrnehmung als die Ernährungsinitiative.

**Tabelle 4: persönliche Bedeutung der Vorlagen**
**(Anteile Bedeutungswahrnehmung in % der Ja- oder Nein-Stimmenden)**

| Bedeutungsniveau | Neutralitätsinitiative | | Ernährungsinitiative | |
|---|---|---|---|---|
| | Stimmende in % | n | Stimmende in % | n |
| sehr gering (0-1) | 6 | 130 | 8 | 150 |
| gering (2-4) | 9 | 206 | 13 | 287 |
| mittel (5) | 10 | 235 | 15 | 312 |
| hoch (6-8) | 36 | 742 | 39 | 806 |
| sehr hoch (9-10) | 39 | 756 | 25 | 478 |
| **Mittelwert (total)** | **7.2** | **2069** | **6.4** | **2033** |

Bemerkungen: Es fliessen nur Personen in die Auswertung ein, die entweder Ja oder Nein stimmten. Weiss-nicht-Antworten und Antwortverweigerungen wurden nicht berücksichtigt. Aufgrund von Rundungen kann das Total geringfügig von 100 Prozent abweichen.

## 3.2 Die Verständnisschwierigkeiten und der Entscheidungszeitpunkt

Verständnisschwierigkeiten traten bei beiden Vorlagen nur in begrenztem Ausmass auf (Tabelle 5). Sowohl die Neutralitätsinitiative als auch die Ernährungsinitiative wurden von einer klaren Mehrheit der Stimmenden als eher leicht verständlich eingeschätzt.

Bei der Neutralitätsinitiative bezeichneten 79 Prozent der Stimmenden die Vorlage als «eher leicht» verständlich, während 21 Prozent angaben, dass ihnen das Verständnis eher schwergefallen sei. Bei der Ernährungsinitiative zeigt sich ein nahezu identisches Bild: 78 Prozent der Stimmenden gaben an, die Vorlage sei eher leicht verständlich gewesen, 22 Prozent bekundeten dagegen Verständnisschwierigkeiten.

**Tabelle 5: Verständnisschwierigkeit (in % der Stimmenden)**

| Verständnisschwierigkeiten | Neutralitätsinitiative | | Ernährungsinitiative | |
|---|---|---|---|---|
| | Stimmende in % | n | Stimmende in % | n |
| eher leicht | 79 | 1518 | 78 | 1481 |
| eher schwer | 21 | 473 | 22 | 445 |
| N (total) | | 1991 | | 1926 |

Bemerkungen: Es fliessen nur Personen in die Auswertung ein, die entweder Ja oder Nein stimmten. Weiss-nicht-Antworten und Antwortverweigerungen wurden nicht berücksichtigt.

Die Befragten gaben an, zu welchem Zeitpunkt sie sich für ein Ja oder Nein entschieden haben (Tabelle 6). Bei der Initiative «Wahrung der schweizerischen Neutralität (Neutralitätsinitiative)» war für sieben von zehn Stimmenden von Anfang an klar, wie sie abstimmen würden. 70 Prozent gaben an, ihren Entscheid bereits zu Beginn gefasst zu haben. Weitere 24 Prozent trafen die Entscheidung während des Abstimmungskampfes, und 6 Prozent entschieden sich im letzten Moment.

Bei der Ernährungsinitiative stand der Entscheid ebenfalls für eine Mehrheit früh fest, allerdings weniger ausgeprägt als bei der Neutralitätsinitiative. 59 Prozent der Stimmenden wussten von Anfang an, wie sie abstimmen würden. Knapp ein Drittel (32%) traf die Entscheidung während des Abstimmungskampfes, und 8 Prozent bildeten sich ihre Meinung erst im letzten Moment. Die Meinungsbildung erfolgte damit bei beiden Initiativen früh, bei der Ernährungsinitiative jedoch stärker im Verlauf des Abstimmungskampfes.

**Tabelle 6: Entscheidungszeitpunkt (in % der Stimmenden)**

| Entscheidungszeitpunkt | Neutralitätsinitiative | | Ernährungsinitiative | |
|---|---|---|---|---|
| | Stimmende in % | n | Stimmende in % | n |
| von Anfang an klar | 70 | 1397 | 59 | 1163 |
| während Abstimmungskampf | 24 | 525 | 32 | 647 |
| im letzten Moment | 6 | 142 | 8 | 180 |
| N (total) | | 2064 | | 1990 |

Bemerkungen: Es fliessen nur Personen in die Auswertung ein, die entweder Ja oder Nein stimmten. Weiss-nicht-Antworten und Antwortverweigerungen wurden nicht berücksichtigt.

## 3.3 Die Informationsgewinnung

Das Nutzungsverhalten in Bezug auf die Informationskanäle, über die sich die Stimmenden zu den Abstimmungsvorlagen informierten, entspricht grundsätzlich dem Bild

früherer Abstimmungen (Tabelle 7). Neben dem Nutzungsanteil wird auch die Intensität der Nutzung (Werte auf einer Skala von 1-10) ausgewiesen.

Das Bundesbüchlein bleibt die wichtigste Informationsquelle: 84 Prozent der Stimmenden nutzten es, bei der höchsten durchschnittlichen Nutzungsintensität aller Kanäle von 6.7. Ebenfalls stark genutzt wurden Artikel in Zeitungen (81%, Intensität 6.4), Abstimmungssendungen im Fernsehen (71%, Intensität 5.9) und News-Seiten im Internet (69%, Intensität 5.5). Diese Kanäle bildeten die zentralen Informationsquellen rund um die Abstimmung. Eine mittlere Nutzung erreichten Abstimmungszeitungen oder Flyer (61%, Intensität 4.9), Strassenplakate (60%, Intensität 3.7) sowie Abstimmungssendungen am Radio (59%, Intensität 5.4). Von gut der Hälfte der Stimmenden wurden Leserbriefe in Zeitungen oder Leserkommentare in Internetforen (54%, Intensität 4.3) sowie Inserate in Zeitungen und Meinungsumfragen (je 51%, Intensität 3.9 resp. 4.1) genutzt. Weniger genutzt wurden Kommentare auf Online-Nachrichtenportalen (47%, Intensität 4.4), soziale Medien wie Facebook, Twitter/X oder Instagram (37%, Intensität 4.7) sowie Mitteilungen am Arbeitsplatz und Filme oder Videoclips im Internet (je 35%, Intensität 4.2 resp. 4.3). Soziale Medien blieben damit weiterhin klar hinter klassischen Informationsquellen zurück; ihr Nutzungsanteil lag tiefer als bei der Abstimmung vom Juni 2026 (42%). Die VoteInfo-App des Bundes wurde mit 33 Prozent zwar von der kleinsten Gruppe genutzt, wies mit einem Intensitätswert von 5.6 aber eine vergleichsweise hohe Nutzungstiefe bei den Nutzenden auf.

**Tabelle 7: Mediennutzung (Anteile in % der Stimmenden)**

| Informationskanäle | Nutzungsanteil in % | Nutzungsintensität Mittelwert | Anzahl Nennungen (ungewichtet) |
|---|---|---|---|
| Das Bundesbüchlein | 84 | 6.7 | 1861 |
| Artikel in Zeitungen | 81 | 6.4 | 1751 |
| Abstimmungssendungen am Fernsehen | 71 | 5.9 | 1557 |
| News-Seiten im Internet | 69 | 5.5 | 1486 |
| Abstimmungszeitungen oder Flyer | 61 | 4.9 | 1324 |
| Strassenplakate | 60 | 3.7 | 1264 |
| Abstimmungssendungen am Radio | 59 | 5.4 | 1272 |
| Leserbriefe in Zeitungen oder Leserkommentare in Internetforen | 54 | 4.3 | 1131 |
| Inserate in Zeitungen | 51 | 3.9 | 1101 |
| Meinungsumfragen | 51 | 4.1 | 1079 |
| Kommentare auf Online-Nachrichtenportalen | 47 | 4.4 | 1013 |
| Soziale Medien wie Facebook, Twitter/X oder Instagram | 37 | 4.7 | 799 |
| Mitteilungen am Arbeitsplatz | 35 | 4.2 | 732 |
| Filme und Videoclips im Internet, zum Beispiel auf YouTube | 35 | 4.3 | 745 |
| VoteInfo-App vom Bund | 33 | 5.6 | 706 |

Gewichtete Resultate. Bemerkungen: Die zweite Spalte («Nutzungsanteil in %») gibt den Anteil Stimmender an, welche die jeweiligen Informationskanäle genutzt haben. Die dritte Spalte («Nutzungsintensität») informiert hingegen

darüber, wie stark das jeweilige Medium genutzt wurde (arithmetischer Mittelwert der Nutzungsintensität zwischen 1 und 10). Dafür wurden nur die Angaben der tatsächlichen Nutzerinnen und Nutzer des jeweiligen Mediums berücksichtigt. Die Anzahl Nennungen bezieht sich ebenfalls auf die Nutzerinnen und Nutzer des jeweiligen Mediums.

Bei beiden Vorlagen zeigte sich kein statistisch signifikanter Zusammenhang zwischen der Art der Mediennutzung und der Stimmabgabe (Tabelle 8). Bei der Initiative «Wahrung der schweizerischen Neutralität (Neutralitätsinitiative)» stimmten Personen, die sich vorwiegend online informierten, der Vorlage zu 28 Prozent zu. Bei Personen, die Online- und Offline-Kanäle etwa gleich nutzten, lag die Zustimmung bei 29 Prozent und bei Personen, die sich vorwiegend über traditionelle Medien informierten, ebenfalls bei 28 Prozent. Auch bei der Ernährungsinitiative fielen die Unterschiede gering aus: Die Zustimmung lag bei vorwiegend online Informierten bei 30 Prozent, bei Personen mit gemischter Informationsnutzung bei 26 Prozent und bei vorwiegend offline Informierten bei 28 Prozent.

**Tabelle 8: Polit-Informationsmodus (in % der Stimmenden)**

| Kommunikationskanäle | Neutralitätsinitiative | | | Ernährungsinitiative | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | Ja-Stimmende in % | n | Standardfehler | Ja-Stimmende in % | n | Standardfehler |
| online (über das Internet) | 28 | 484 | ± 4 | 30 | 465 | ± 4.2 |
| beides etwa gleich | 29 | 853 | ± 3 | 26 | 849 | ± 3 |
| offline (Printmedien, Fernsehen oder Radio) | 28 | 675 | ± 3.4 | 28 | 660 | ± 3.4 |
| N (total) / Cramers V | | | V=0.01 | | | V=0.03 |

Gewichtete Resultate. Lesebeispiel: Von allen, die als Kommunikationskanal «online» angegeben und die bei der Neutralitätsinitiative abgestimmt haben, stimmten 28 Prozent Ja.

# 4 Initiative «Wahrung der schweizerischen Neutralität (Neutralitätsinitiative)»

## 4.1 Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen

Die Volksinitiative «Wahrung der schweizerischen Neutralität (Neutralitätsinitiative)» wurde am 11. April 2024 mit 129'806 gültigen Unterschriften eingereicht.

Seit 1848 ist die Schweizer Neutralität in der Bundesverfassung verankert. Die Initiative fordert eine striktere Neutralitätspraxis und will die immerwährende und bewaffnete Neutralität der Schweiz in der Bundesverfassung festschreiben. Hintergrund der Initiative ist insbesondere die Übernahme der EU-Sanktionen gegen Russland im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine. Die Initiant:innen sind der Ansicht, dass die Schweiz damit ihre Neutralität verletzt habe und selbst zur Kriegspartei geworden sei. Mit der Initiative wollen sie deshalb verbindlichere Regeln für die schweizerische Neutralität festlegen. Konkret soll die Schweiz künftig keinem Militär- oder Verteidigungsbündnis beitreten und nur dann mit solchen Bündnissen zusammenarbeiten dürfen, wenn sie unmittelbar militärisch angegriffen wird oder ein solcher Angriff vorbereitet wird. Zudem dürfte sich die Schweiz nicht an militärischen Auseinandersetzungen zwischen Drittstaaten beteiligen und keine Sanktionen gegen kriegführende Staaten verhängen. Ausgenommen wären Sanktionen der Vereinten Nationen (UNO) sowie Massnahmen, die eine Umgehung ausländischer Sanktionen verhindern sollen. Schliesslich verlangt die Initiative, dass die Schweiz ihre Neutralität verstärkt zur Verhinderung und Lösung internationaler Konflikte nutzen und als Vermittlerin zur Verfügung stehen würde.

Bundesrat und Parlament empfahlen, die Initiative «Wahrung der schweizerischen Neutralität (Neutralitätsinitiative)» abzulehnen. Sie erachteten die bestehende Regelung der Neutralität als ausreichend und verwiesen auf die langjährig bewährte Schweizer Neutralitätspolitik. Diese ermögliche es dem Bundesrat, auf internationale Entwicklungen zu reagieren und dabei die Interessen der Schweiz unter Einhaltung des Neutralitätsrechts zu vertreten. Die Initiative würde aus ihrer Sicht diesen Handlungsspielraum einschränken.

Der Nationalrat lehnte die Volksinitiative ab (65 Ja, 124 Nein, 5 Enthaltungen). Auch im Ständerat wurde die Initiative abgelehnt (10 Ja, 29 Nein, 5 Enthaltungen). Auf Parteiebene wurde die Initiative unter anderem von der SVP, der EDU, der Lega und dem MCG unterstützt. Die übrigen grossen Parteien, darunter SP, FDP, Mitte, Grüne und GLP, empfahlen die Ablehnung. Zu den Befürwortenden gehörten zudem Pro Schweiz, die Schweizerische Friedensbewegung und Aufrecht Schweiz. Auf der Gegenseite sprachen sich unter anderem economiesuisse, Travail.Suisse und die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) gegen die Initiative aus.

Die Initiative «Wahrung der schweizerischen Neutralität (Neutralitätsinitiative)» wurde am 27. September 2026 von der Stimmbevölkerung mit 29.8 Prozent Ja-Stimmen abgelehnt. Auch das Ständemehr wurde mit 0 zu 23 Standesstimmen verfehlt.

## 4.2 Der Stimmentscheid nach politischen und sozialen Merkmalen

Die politischen Einstellungen liefern Hinweise für das Nein zur Initiative «Wahrung der schweizerischen Neutralität (Neutralitätsinitiative)» (Tabelle 9). Das Abstimmungsverhalten folgte insgesamt klar den politischen Grundhaltungen. Die Zustimmung zur Initiative variierte stark nach politischer Selbstpositionierung, Parteisympathie, Vertrauen in nationale und internationale Akteure sowie nach grundlegenden aussenpolitischen Wertehaltungen.

Entlang der **Links-Rechts-Selbsteinstufung** zeigt sich ein ausgeprägter Zusammenhang. Je weiter rechts sich die Stimmenden selbst einordneten, desto höher fiel die Zustimmung zur Vorlage aus. Links aussen positionierte Personen stimmten der Initiative nur zu 3 Prozent zu, links positionierte Personen zu 11 Prozent. Bei Personen im politischen Zentrum lag der Ja-Anteil bei 21 Prozent, bei rechts positionierten Personen bei 33 Prozent. Einzig Personen, die sich rechts aussen einordneten, nahmen die Initiative mit 72 Prozent mehrheitlich an. Noch stärker prägte die **Parteisympathie** das Stimmverhalten. Am höchsten war die Zustimmung bei SVP-Sympathisant:innen mit 74 Prozent. In allen anderen Parteilagern wurde die Initiative mehrheitlich abgelehnt. Sympathisierende anderer Parteien stimmten der Vorlage zu 36 Prozent zu, Personen ohne Parteibindung zu 34 Prozent. Deutlich geringer fiel die Zustimmung bei Sympathisierenden der Mitte (21%) und der FDP (15%) aus. Im links-grünen Lager fand die Initiative kaum Unterstützung: SP-Sympathisant:innen stimmten ihr zu 6 Prozent zu, GLP-Sympathisant:innen zu 3 Prozent und Grüne-Sympathisant:innen zu 2 Prozent.

Das **Vertrauen** in die politischen Institutionen weist ebenfalls einen statistisch signifikanten Zusammenhang mit dem Stimmentscheid auf. Mit zunehmendem Vertrauen in den Bundesrat sank die Zustimmung zur Neutralitätsinitiative deutlich: von 52 Prozent bei sehr geringem bis geringem Vertrauen auf 19 Prozent bei sehr hohem Vertrauen. Besonders stark war der Zusammenhang mit dem Vertrauen in internationale Akteure. Personen mit sehr geringem bis geringem Vertrauen in die Europäische Union stimmten der Neutralitätsinitiative mehrheitlich zu (54%). Bei mittlerem Vertrauen sank der Ja-Anteil auf 12 Prozent, bei hohem und sehr hohem Vertrauen auf je 7 Prozent. Ein ähnliches Muster zeigt sich beim Vertrauen in die NATO. Bei sehr geringem bis geringem Vertrauen stimmten 57 Prozent der Initiative zu, bei mittlerem Vertrauen 22 Prozent, bei hohem Vertrauen 16 Prozent und bei sehr hohem Vertrauen 9 Prozent. Umgekehrt verhielt es sich beim Vertrauen in Pro Schweiz. Mit zunehmendem Vertrauen in Pro Schweiz nahm die Zustimmung zur Initiative deutlich zu. Personen mit sehr geringem bis geringem Vertrauen stimmten der Vorlage zu 19 Prozent zu. Bei mittlerem Vertrauen lag die Zustimmung bei 32 Prozent und bei hohem Vertrauen bei 40 Prozent. Erst bei sehr hohem Vertrauen in Pro Schweiz wurde die Initiative mit 63 Prozent mehrheitlich angenommen.

Auch **Wertehaltungen** wirkten sich deutlich auf den Stimmentscheid aus. Personen, die eine sich vermehrt nach aussen öffnende Schweiz bevorzugen, unterstützten die Initiative nur zu 7 Prozent. Bei Personen mit gemischter Wertehaltung lag die Zustimmung bei 35 Prozent. Personen, die eine sich vermehrt verschliessende Schweiz bevorzugen, nahmen die Initiative mit 69 Prozent an. Ein ähnlich klares Muster zeigt sich bei der aussenpolitischen Grundhaltung. Personen, die eine international neutrale Schweiz bevorzugen, stimmten der Neutralitätsinitiative knapp mehrheitlich zu (54%). Bei Personen mit

gemischter Wertehaltung lag der Ja-Anteil bei 11 Prozent, bei Personen, die ein internationales Partei-Ergreifen der Schweiz befürworten, bei 6 Prozent. Bei der Frage nach dem Verhältnis von Schweizer und internationalem Recht stimmten Personen, die Schweizer Recht über internationales Recht stellen, der Initiative zu 46 Prozent zu. Bei Personen mit gemischter Wertehaltung lag die Zustimmung bei 11 Prozent. Bei jenen, die internationales Recht über Schweizer Recht stellen, lag sie bei 14 Prozent.

**Tabelle 9: Stimmverhalten nach politischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)**

| Merkmale | Ja (in %) (gewichtet) | n | Cramérs V / Stichprobenfehler |
|---|---|---|---|
| total | 29.8 | 2136 | |
| Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10) | | | V=0.52*** |
| Linksaussen (0-2) | 3 | 283 | ± 2 |
| Links (3-4) | 11 | 420 | ± 3 |
| Mitte (5) | 21 | 506 | ± 3.6 |
| Rechts (6-7) | 33 | 419 | ± 4.5 |
| Rechtsaussen (8-10) | 72 | 353 | ± 4.7 |
| Parteisympathie | | | V=0.61*** |
| SVP | 74 | 448 | ± 4.1 |
| FDP | 15 | 308 | ± 4 |
| Die Mitte | 21 | 283 | ± 4.8 |
| GLP | 3 | 145 | ± 2.8 |
| SP | 6 | 384 | ± 2.4 |
| GPS | 2 | 141 | ± 2.3 |
| andere Partei | 36 | 129 | ± 8.3 |
| keine | 34 | 177 | ± 7 |
| Vertrauen in den Bundesrat | | | V=0.29*** |
| sehr gering bis gering (0-4) | 52 | 373 | ± 5.1 |
| mittel (5) | 39 | 405 | ± 4.8 |
| hoch (6-7) | 21 | 542 | ± 3.4 |
| sehr hoch (8-10) | 19 | 746 | ± 2.8 |
| Vertrauen in Europäische Union (EU) | | | V=0.49*** |
| sehr gering bis gering (0-4) | 54 | 934 | ± 3.2 |
| mittel (5) | 12 | 440 | ± 3 |
| hoch (6-7) | 7 | 434 | ± 2.4 |
| sehr hoch (8-10) | 7 | 244 | ± 3.2 |

| Merkmale | Ja (in %) (gewichtet) | n | Cramérs V / Stichprobenfehler |
|---|---|---|---|
| **Vertrauen in NATO (Organisation des Nordatlantikvertrags)** | | | **V=0.43*** ** |
| sehr gering bis gering (0-4) | 57 | 640 | ± 3.8 |
| mittel (5) | 22 | 452 | ± 3.8 |
| hoch (6-7) | 16 | 460 | ± 3.4 |
| sehr hoch (8-10) | 9 | 393 | ± 2.8 |
| **Vertrauen in Pro Schweiz** | | | **V=0.34*** ** |
| sehr gering bis gering (0-4) | 19 | 625 | ± 3.1 |
| mittel (5) | 32 | 321 | ± 5.1 |
| hoch (6-7) | 40 | 246 | ± 6.1 |
| sehr hoch (8-10) | 63 | 256 | ± 5.9 |
| **Wertehaltung: A) eine Schweiz, die sich vermehrt nach aussen öffnet, oder B) eine Schweiz, die sich vermehrt verschliesst** | | | **V=0.5*** ** |
| vermehrt nach aussen öffnen | 7 | 856 | ± 1.7 |
| gemischte Wertehaltung | 35 | 787 | ± 3.3 |
| Vermehrt verschliessen | 69 | 338 | ± 4.9 |
| **Wertehaltung: A) eine Schweiz, die sich international neutral verhält, oder B) eine Schweiz, die international Partei ergreift** | | | **V=0.49*** ** |
| international neutral | 54 | 941 | ± 3.2 |
| gemischte Wertehaltung | 11 | 663 | ± 2.4 |
| international Partei ergreift | 6 | 419 | ± 2.3 |
| **Wertehaltung: A) eine Schweiz, wo Schweizer Recht über internationalem Recht steht, oder B) eine Schweiz, wo das internationale Recht über Schweizer Recht steht** | | | **V=0.37*** ** |
| Schweizer Recht über internationalem Recht | 46 | 1076 | ± 3 |
| gemischte Wertehaltung | 11 | 588 | ± 2.5 |
| internationales Recht über Schweizer Recht | 14 | 273 | ± 4.1 |

Angegeben ist jeweils die ungewichtete Anzahl Befragter (n) in jeder Merkmalsgruppe (Konfidenzniveau = 95%). Cramérs V-Tests (auf die Abhängigkeit der Variablen, d.h. H0: V=0) und Stichprobenfehler. *** = p < 0.001, ** = p < 0.01, * = p < 0.05.

Neben den politischen Einstellungen prägten auch soziodemografische Merkmale das Stimmverhalten (Tabelle 10). Mit Blick auf das Alter lässt sich kein statistisch signifikanter Zusammenhang erkennen. Die Zustimmung bewegte sich in allen Altersgruppen in einem engen Bereich zwischen 27 Prozent bei den 40- bis 49-Jährigen und 33 Prozent bei den 30- bis 39-Jährigen. Beim Geschlecht zeigen sich knappe, aber statistisch signifikante Unterschiede: Männer stimmten der Initiative mit 33 Prozent häufiger zu als Frauen mit 27 Prozent. Deutlich stärker fiel der Zusammenhang beim Bildungsgrad aus. Personen ohne nachobligatorische Bildung stimmten der Initiative mit 49 Prozent am häufigsten zu. Bei Personen mit beruflicher Grundbildung oder Berufslehre lag der Ja-Anteil bei 38 Prozent, bei Personen mit Maturität oder höherer Berufsbildung bei 34 Prozent. Am klarsten

abgelehnt wurde die Initiative von Personen mit einem Fachhochschul- oder Universitätsabschluss, die ihr nur zu 15 Prozent zustimmten. Ein ähnliches schichtspezifisches Muster zeigte sich beim Haushaltseinkommen: Die Zustimmung nahm mit steigendem Einkommen kontinuierlich ab. In Haushalten mit einem Einkommen bis 3'000 Franken stimmten 52 Prozent der Initiative zu. In Haushalten mit über 11'000 Franken waren es noch 22 Prozent.

**Tabelle 10: Stimmverhalten nach soziodemographischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)**

| Merkmale | Ja (in %) (gewichtet) | N | Cramérs V / Stichprobenfehler |
|---|---|---|---|
| total | 29.8 | 2136 | |
| Alter | | | V=0.04 |
| 18-29 Jahre | 29 | 227 | ± 5.9 |
| 30-39 Jahre | 33 | 247 | ± 5.9 |
| 40-49 Jahre | 27 | 279 | ± 5.2 |
| 50-59 Jahre | 30 | 394 | ± 4.5 |
| 60-69 Jahre | 29 | 501 | ± 4 |
| 70 Jahre und älter | 30 | 488 | ± 4.1 |
| Geschlecht | | | V=0.06* |
| Mann | 33 | 1047 | ± 2.9 |
| Frau | 27 | 1089 | ± 2.6 |
| Bildungsgrad | | | V=0.24*** |
| keine nachobligatorische Bildung | 49 | 113 | ± 9.3 |
| Berufliche Grundbildung/Berufslehre | 38 | 700 | ± 3.6 |
| Maturität/höhere Berufsbildung | 34 | 541 | ± 4 |
| Fachhochschule/Uni/ETH/Doktorat | 15 | 730 | ± 2.6 |
| Haushaltseinkommen | | | V=0.17*** |
| bis CHF 3'000 | 52 | 86 | ± 10.6 |
| CHF 3-5'000 | 38 | 223 | ± 6.4 |
| CHF 5-7'000 | 33 | 330 | ± 5.1 |
| CHF 7-9'000 | 26 | 317 | ± 4.8 |
| CHF 9-11'000 | 23 | 262 | ± 5.1 |
| über CHF 11'000 | 22 | 610 | ± 3.3 |

Angegeben ist jeweils die ungewichtete Anzahl Befragter (n) in jeder Merkmalsgruppe (Konfidenzniveau = 95%). Cramérs V-Tests (auf die Abhängigkeit der Variablen, d.h. H0: V=0) und Stichprobenfehler. *** = p < 0.001, ** = p < 0.01, * = p < 0.05.

## 4.3 Die Motive

Mittels einer offenen Frage wurden die ausschlaggebenden Gründe für ein Ja oder Nein erfasst.

Bei den Befürworter:innen der Neutralitätsinitiative dominierten Motive mit direktem Bezug zur Neutralität (39% der Erstnennungen, 43% aller Nennungen). Dahinter folgten Unabhängigkeit (15% resp. 20%) und Sicherheit (12% resp. 15%) (Tabelle 11).

Neutralitätsbezogene Motive standen für viele Ja-Stimmende im Vordergrund. Am häufigsten wurde dabei der Wunsch genannt, die Neutralität zu schützen oder zu stärken (21% resp. 23%). Ebenfalls relevant waren Verweise auf die Tradition und Identität der Schweiz (8% resp. 11%) sowie die Forderung, die Neutralität nicht situationsabhängig auszulegen (5% resp. 7%).

Eine zweite Motivgruppe bildeten Überlegungen zur Unabhängigkeit der Schweiz. 15 Prozent der Ja-Stimmenden nannten entsprechende Argumente als Hauptgrund, bei allen Nennungen waren es 20 Prozent. Genannt wurden dabei die Selbstbestimmung der Schweiz (8% resp. 10%) sowie die Ablehnung einer Annäherung an die EU (6% resp. 10%). Eine Annäherung an die NATO wurde nur vereinzelt als Grund angeführt (1% resp. 3%).

Sicherheitsüberlegungen spielten ebenfalls eine Rolle. Insgesamt entfielen auf diese Kategorie 12 Prozent der Erstnennungen (resp. 15% aller Nennungen). Im Vordergrund stand dabei der Wunsch, sich aus Kriegen und Konflikten herauszuhalten (9% resp. 11%). Die bewaffnete Neutralität bzw. eine starke Armee wurde hingegen kaum genannt (je 1%).

Auffällig ist der hohe Anteil Ja-Stimmender, die keinen Grund für ihren Entscheid angeben konnten oder wollten: 34 Prozent antworteten mit «weiss nicht» oder machten keine Angabe.

**Tabelle 11: Entscheidungsgründe Pro (in % der Ja-Stimmenden)**

| Gründe | Hauptgrund | | Alle Nennungen | |
|---|---|---|---|---|
| | in % | n | in % | n |
| **Neutralität** | 39 | 212 | 43 | 231 |
| schützen/stärken | 21 | 105 | 23 | 114 |
| Tradition/Identität der Schweiz | 8 | 48 | 11 | 62 |
| keine situationsabhängige Auslegung | 5 | 30 | 7 | 40 |
| **Unabhängigkeit** | 15 | 76 | 20 | 103 |
| keine EU-Annäherung | 6 | 33 | 10 | 52 |
| Selbstbestimmung | 8 | 39 | 10 | 52 |
| keine NATO-Annäherung | 1 | 10 | 3 | 17 |
| **Sicherheit** | 12 | 66 | 15 | 87 |
| Aus Kriegen/Konflikten heraushalten | 9 | 45 | 11 | 61 |
| Bewaffnete Neutralität/starke Armee | 1 | 2 | 1 | 3 |
| **Allgemeines** | 7 | 42 | 12 | 67 |

| Gründe | Hauptgrund | | Alle Nennungen | |
|---|---|---|---|---|
| | in % | n | in % | n |
| Anderes | 0 | 1 | 1 | 4 |
| Empfehlungen | 2 | 8 | 3 | 15 |
| offensichtlich falsche Antworten/Verwechslungen | 1 | 8 | 3 | 14 |
| weiss nicht/keine Antwort | 34 | 196 | 34 | 196 |

Gewichtete Resultate. Anteil der Ja-Stimmenden, die den Entscheidungsgrund genannt haben. Die Befragten notierten häufig mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben.

Die Motive für ein Nein zur Neutralitätsinitiative (Tabelle 12) lassen sich in drei zentrale Hauptkategorien gliedern: grundsätzliche Haltung zur Initiative (40% aller Erstnennungen, 49% aller Nennungen), Handlungsspielraum (23% resp. 28%) und internationale Gründe (11% resp. 15%).

Die grundsätzliche Haltung zur Initiative dominierte das Nein-Lager. Im Vordergrund stand dabei die Einschätzung, dass die Schweiz bereits neutral sei (13% resp. 15%). Weitere 10 Prozent (resp. 12%) beurteilten die Initiative als zu extrem oder unnötig. 8 Prozent (resp. 10%) begründeten ihre Ablehnung mit der Solidarität und Verantwortung gegenüber angegriffenen Staaten.

Eine zweite Kategorie bildeten Gründe mit Bezug zum aussenpolitischen Handlungsspielraum. Ein Teil der Nein-Stimmenden wollte Sanktionen weiterhin ermöglichen (8% resp. 11%). Ebenso viele sprachen sich dafür aus, die Flexibilität zu erhalten und von Fall zu Fall entscheiden zu können (8% resp. 10%). Die Möglichkeit internationaler Zusammenarbeit wurde seltener genannt (3% resp. 5%).

Eine dritte Kategorie bildeten internationale Gründe. Am häufigsten wurde dabei die Sorge vor Isolation oder einem Sonderweg der Schweiz erwähnt (6% resp. 8%). Weitere Nein-Stimmende befürchteten eine Belastung der Beziehungen zur EU oder zur NATO (4% resp. 7%). Ein möglicher Schaden für den Ruf oder die Glaubwürdigkeit der Schweiz wurde nur vereinzelt genannt (je 1%).

**Tabelle 12: Entscheidungsgründe Kontra (in % der Nein-Stimmenden)**

| Gründe | Hauptgrund | | alle Nennungen | |
|---|---|---|---|---|
| | in % | n | in % | n |
| Grundhaltung | 40 | 623 | 49 | 741 |
| Schweiz ist bereits neutral | 13 | 204 | 15 | 238 |
| Initiative zu extrem/unnötig | 10 | 166 | 12 | 199 |
| Solidarität/Verantwortung gegenüber angegriffenen Staaten | 8 | 118 | 10 | 142 |
| Handlungsspielraum | 23 | 326 | 28 | 406 |
| Sanktionen weiterhin ermöglichen | 8 | 108 | 11 | 142 |
| Flexibilität/von Fall zu Fall entscheiden | 8 | 118 | 10 | 148 |

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| internationale Zusammenarbeit weiterhin ermöglichen | 3 | 45 | 5 | 73 |
| **Internationale Gründe** | 11 | 161 | 15 | 218 |
| Isolation/Sonderweg vermeiden | 6 | 88 | 8 | 119 |
| Belastet Beziehungen zu EU/NATO | 4 | 64 | 7 | 93 |
| Schadet Ruf/Glaubwürdigkeit | 1 | 11 | 1 | 17 |
| **Allgemeines** | 14 | 213 | 21 | 305 |
| **Anderes** | 0 | 5 | 0 | 6 |
| **Empfehlungen** | 4 | 64 | 8 | 124 |
| **offensichtlich falsche Antworten/Verwechslungen** | 16 | 271 | 16 | 275 |
| **weiss nicht/keine Antwort** | 8 | 139 | 8 | 139 |

Gewichtete Resultate. Anteil der Nein-Stimmenden, die den Entscheidungsgrund genannt haben. Die Befragten notierten häufig mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben.

## 4.4 Die Resonanz der Abstimmungsargumente

Neben den offenen Entscheidungsgründen wurden den Befragten auch konkrete Pro- und Kontra-Argumente zur Neutralitätsinitiative zur Beurteilung vorgelegt (Tabelle 13). Entscheidend ist dabei nicht allein die Verbreitung einzelner Argumente insgesamt, sondern auch ihre Wirkung auf die beiden Stimmseiten. Je stärker Ja- und Nein-Stimmende in ihrer Bewertung auseinanderliegen, desto eher lässt sich ein Argument als prägend für den Stimmentscheid interpretieren.

Insgesamt erzielten die Kontra-Argumente eine höhere Zustimmung als die Pro-Argumente. Die Pro-Argumente waren vor allem bei den Ja-Stimmenden stark verankert. Die Kontra-Argumente fanden dagegen nicht nur bei den Nein-Stimmenden breite Zustimmung, sondern teilweise auch im Ja-Lager.

Über alle Pro-Argumente hinweg erzielte das Sicherheitsargument die höchste Zustimmung. Demnach hält eine glaubwürdige, bewaffnete und umfassende Neutralität die Schweiz aus fremden Konflikten heraus und schreckt mögliche Angreifer ab. Insgesamt stimmten 52 Prozent dieser Aussage zu. Unter den Ja-Stimmenden war dieses Argument mit 85 Prozent Zustimmung breit abgestützt. Bei den Nein-Stimmenden stimmten 38 Prozent zu, während 52 Prozent nicht einverstanden waren. Das Argument, wonach die Verankerung der immerwährenden Neutralität in der Bundesverfassung verhindern soll, dass die Neutralität je nach politischer Lage unterschiedlich ausgelegt wird, erhielt insgesamt 45 Prozent Zustimmung. 41 Prozent waren nicht einverstanden. Bei den Ja-Stimmenden lag die Zustimmung bei 80 Prozent, bei den Nein-Stimmenden bei 30 Prozent. Das Pro-Argument, das am stärksten polarisierte, war jenes, wonach eine neutrale und humanitäre Schweiz auf wirtschaftliche Zwangsmassnahmen verzichten solle, da Sanktionen oft die Zivilbevölkerung statt die Verantwortlichen träfen. Insgesamt stimmten 40 Prozent der Aussage zu, während 45 Prozent nicht einverstanden waren. Bei den Ja-Stimmenden fand dieses Argument mit 76 Prozent breite Zustimmung, von den Nein-Stimmenden wurde es nur zu 25 Prozent unterstützt.

Bei den Kontra-Argumenten fand das Argument zur Flexibilität der aktuellen Neutralitätspolitik die höchste Gesamtzustimmung. 69 Prozent der Stimmenden waren einverstanden mit der Aussage, dass die Schweiz neutral sei und bleibe und ihren Handlungsspielraum mit der aktuellen Neutralitätspolitik flexibel halten müsse, um ihre Interessen wie bisher schützen zu können. Unter den Nein-Stimmenden lag die Zustimmung bei 76 Prozent. Bemerkenswert ist, dass auch eine Mehrheit der Ja-Stimmenden (53%) diesem Argument zustimmte. Ebenfalls breit abgestützt war das Argument zur internationalen Sicherheitszusammenarbeit. Insgesamt stimmten 67 Prozent der Aussage zu, dass diese vor einem Angriff eingeübt werden müsse und ohne diesen Austausch die Verlässlichkeit der Schweiz als Partnerin geschwächt und ihre Sicherheit gefährdet werde. Bei den Nein-Stimmenden lag die Zustimmung bei 76 Prozent. Unter den Ja-Stimmenden stimmten 48 Prozent zu, 36 Prozent waren nicht einverstanden. Das Argument, wonach die Schweiz Sanktionen gegen kriegführende Staaten übernehmen können müsse, da sonst der Einsatz für das Völkerrecht und die internationale Ordnung geschwächt werde, erhielt insgesamt 62 Prozent Zustimmung. Unter den Nein-Stimmenden stimmten 78 Prozent zu, während bei den Ja-Stimmenden nur 29 Prozent einverstanden waren. Damit war dieses Argument das am stärksten polarisierende unter den Kontra-Argumenten.

**Tabelle 13: Pro- und Kontra-Argumente im Total und die Anteile der Ja- und Nein-Stimmenden (in %)**

| Pro Argumente | | einverstanden | nicht einverstanden | weiss nicht / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|
| Eine glaubwürdige, bewaffnete und umfassende Neutralität hält die Schweiz aus fremden Konflikten heraus und schreckt mögliche Angreifer ab. Damit trägt sie wesentlich zur Sicherheit des Landes bei. | total | 52 | 38 | 10 |
| | Ja-Stimmende | 85 | 7 | 7 |
| | Nein-Stimmende | 38 | 52 | 10 |
| Die Verankerung der immerwährenden Neutralität der Schweiz in der Bundesverfassung soll verhindern, dass die Neutralität je nach politischer Lage unterschiedlich ausgelegt wird. | total | 45 | 41 | 14 |
| | Ja-Stimmende | 80 | 10 | 10 |
| | Nein-Stimmende | 30 | 56 | 14 |
| Eine neutrale und humanitäre Schweiz soll auf wirtschaftliche Zwangsmassnahmen verzichten. Sanktionen treffen oft die Zivilbevölkerung statt die Verantwortlichen. | total | 40 | 45 | 15 |
| | Ja-Stimmende | 76 | 13 | 12 |
| | Nein-Stimmende | 25 | 60 | 14 |
| **Kontra-Argumente** | | | | |
| Die Schweiz ist und bleibt neutral. Damit sie ihre Interessen wie bisher schützen kann, muss sie ihren Handlungsspielraum mit der aktuellen Neutralitätspolitik flexibel halten. | total | 69 | 20 | 11 |
| | Ja-Stimmende | 53 | 38 | 10 |
| | Nein-Stimmende | 76 | 14 | 10 |
| Internationale Sicherheitszusammenarbeit muss vor einem Angriff eingeübt werden. Ohne diesen Austausch wird die Verlässlichkeit der Schweiz als Partnerin geschwächt und ihre Sicherheit gefährdet. | total | 67 | 18 | 15 |
| | Ja-Stimmende | 48 | 36 | 17 |
| | Nein-Stimmende | 76 | 10 | 13 |

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| Die Schweiz muss Sanktionen gegen kriegführende Staaten übernehmen können, sonst schwächt das den Einsatz für das Völkerrecht und die internationale Ordnung. | total | 62 | 25 | 13 |
| | Ja-Stimmende | 29 | 57 | 15 |
| | Nein-Stimmende | 78 | 12 | 10 |

Gewichtete Resultate. Angegeben sind Zeilenprozente. Aufgrund von Rundungen betragen die Zeilentotale nicht überall 100 Prozent. Lesebeispiel zum ersten Argument: 52 Prozent aller Stimmenden (sowie 85% aller Ja-Stimmenden bzw. 38% aller Nein-Stimmenden) pflichteten dem Pro-Argument bei, dass eine glaubwürdige, bewaffnete und umfassende Neutralität die Schweiz aus fremden Konflikten heraushält und mögliche Angreifer abschreckt. 38 Prozent aller Stimmenden zeigten sich damit nicht einverstanden und 10 Prozent antworteten mit «weiss nicht / keine Angabe». N für alle Argumente: Total 2'136, Ja-Stimmende 565, Nein-Stimmende 1'571.

# 5 Ernährungsinitiative

## 5.1 Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen

Am 16. August 2024 wurde die Volksinitiative «Für eine sichere Ernährung – durch Stärkung einer nachhaltigen inländischen Produktion, mehr pflanzliche Lebensmittel und sauberes Trinkwasser (Ernährungsinitiative)» mit 112'736 gültigen Unterschriften eingereicht.

Die Bundesverfassung verankert den Auftrag, die Versorgung der Bevölkerung mit ausreichend hochwertigen und bezahlbaren Lebensmitteln sicherzustellen. Die Initiative knüpft daran an und fordert eine Stärkung der inländischen Lebensmittelproduktion. Gleichzeitig sollen die Umwelt und das Trinkwasser besser geschützt sowie die Bodenfruchtbarkeit und die Biodiversität erhalten werden. Konkret verlangt die Initiative, den Netto-Selbstversorgungsgrad innerhalb von zehn Jahren nach Annahme auf mindestens 70 Prozent zu erhöhen. Um dieses Ziel zu erreichen, soll die Landwirtschaft vermehrt pflanzliche Lebensmittel für den direkten menschlichen Konsum statt Futtermittel produzieren. Darüber hinaus soll die Belastung von Böden und Gewässern durch Pflanzenschutzmittel und Nährstoffüberschüsse reduziert werden. Auch diese Ziele sollen innerhalb von zehn Jahren erreicht werden.

Bundesrat und Parlament empfahlen, die Ernährungsinitiative abzulehnen. Insbesondere die Umsetzung der geforderten Ziele innerhalb von zehn Jahren erachteten sie als unrealistisch. Um diese zu erreichen, müsste der Staat aus ihrer Sicht stark in die landwirtschaftliche Produktion und die Ernährungsgewohnheiten der Bevölkerung eingreifen. Dies würde hohe Kosten verursachen und die Wahlfreiheit der Konsument:innen einschränken. Gleichzeitig teilte der Bundesrat gewisse Anliegen der Initiative und verwies darauf, dass die Agrarpolitik bereits in die angestrebte Richtung weiterentwickelt werde. Im Gegensatz zur Initiative setze er dabei jedoch auf eine schrittweise Umsetzung, um der Land- und Ernährungswirtschaft ausreichend Zeit für die notwendigen Anpassungen einzuräumen.

Im Parlament stiess die Initiative auf einhellige Ablehnung. Der Nationalrat lehnte die Volksinitiative mit 194 Nein-Stimmen ohne Gegenstimme ab. Auch im Ständerat wurde sie mit 44 Nein-Stimmen einstimmig verworfen. Auf Parteiebene erhielt die Initiative lediglich von der Partei der Arbeit (PdA) eine Ja-Parole. Die SP, SVP, FDP, Mitte und GLP empfahlen unter anderem die Ablehnung der Initiative, während die Grünen Stimmfreigabe beschlossen. Unterstützung erhielt die Initiative von Tierrechtsorganisationen wie Tier im Fokus und Swissveg sowie von den Klimaseniorinnen. Auf der Gegenseite sprachen sich unter anderem der Schweizer Bauernverband, der Schweizerische Gewerbeverband und GastroSuisse gegen die Initiative aus. Auch Pro Natura empfahl die Ablehnung, während Greenpeace Schweiz Stimmfreigabe beschloss.

Die Initiative «Für eine sichere Ernährung – durch Stärkung einer nachhaltigen inländischen Produktion, mehr pflanzliche Lebensmittel und sauberes Trinkwasser (Ernährungsinitiative)» wurde am 27. September 2026 von der Stimmbevölkerung mit 27.5 Prozent Ja-Stimmen deutlich abgelehnt. Auch das Ständemehr wurde mit 0 zu 23 Standesstimmen verfehlt.

## 5.2 Der Stimmentscheid nach politischen und sozialen Merkmalen

Die politischen Merkmale liefern Hinweise zur Interpretation des Nein-Entscheids zur Ernährungsinitiative (Tabelle 14). Das Stimmverhalten folgte stark den politischen Grundhaltungen, insbesondere der Links-Rechts-Selbsteinstufung und der Parteisympathie. Ebenso prägend waren das Vertrauen in umwelt- und landwirtschaftspolitische Akteure sowie die Wertehaltungen zu Umweltschutz, Wirtschaft und Landwirtschaft.

Entlang der **Links-Rechts-Selbsteinstufung** zeigt sich ein ausgeprägter Zusammenhang. Je weiter links sich die Stimmenden einordneten, desto höher fiel die Zustimmung zur Vorlage aus. Einzig Personen, die sich links aussen positionierten, nahmen die Initiative mit 68 Prozent mehrheitlich an. Bei links positionierten Personen lag der Ja-Anteil bei 43 Prozent. Im politischen Zentrum stimmten 18 Prozent der Initiative zu, bei rechts positionierten Personen 12 Prozent und bei Personen rechts aussen 8 Prozent. Auch die **Parteisympathie** prägte das Stimmverhalten deutlich. Am höchsten war die Zustimmung bei Sympathisierenden der Grünen, die die Initiative mit 76 Prozent als einzige Parteianhängerschaft mehrheitlich annahmen. SP-Sympathisant:innen stimmten der Vorlage zu 48 Prozent zu, GLP-Sympathisant:innen zu 44 Prozent. Personen mit Sympathie für andere Parteien unterstützten die Initiative zu 34 Prozent, Personen ohne Parteibindung zu 20 Prozent. Im bürgerlichen Lager fand die Initiative kaum Unterstützung: Sympathisierende der Mitte stimmten ihr zu 12 Prozent zu, jene der SVP und der FDP zu je 9 Prozent.

Das **Vertrauen** in die politischen Institutionen stand in keinem statistisch signifikanten Zusammenhang mit dem Stimmentscheid. Unabhängig vom Vertrauen in den Bundesrat, in das eidgenössische Parlament oder in die Parteien bewegte sich die Zustimmung zwischen 23 und 31 Prozent. Anders verhielt es sich beim Vertrauen in die Wissenschaft. Personen mit sehr geringem bis geringem Vertrauen stimmten der Vorlage zu 11 Prozent zu, Personen mit sehr hohem Vertrauen zu 34 Prozent. Am stärksten war hingegen der Zusammenhang mit dem Vertrauen in Umweltverbände. Personen mit sehr geringem bis geringem Vertrauen stimmten der Initiative nur zu 9 Prozent zu. Bei mittlerem Vertrauen lag der Ja-Anteil bei 15 Prozent und bei hohem Vertrauen bei 31 Prozent. Bei sehr hohem Vertrauen in Umweltverbände wurde die Initiative mit 57 Prozent mehrheitlich angenommen. Ähnlich, wenn auch etwas weniger ausgeprägt, verhielt es sich beim Vertrauen in Tierschutzorganisationen. Hier stieg die Zustimmung von 13 Prozent bei sehr geringem bis geringem Vertrauen auf 48 Prozent bei sehr hohem Vertrauen. Umgekehrt verhielt es sich beim Vertrauen in den Schweizer Bauernverband. Mit zunehmendem Vertrauen in den Bauernverband nahm die Zustimmung zur Initiative deutlich ab. Personen mit sehr geringem bis geringem Vertrauen stimmten der Vorlage zu 41 Prozent zu. Bei mittlerem Vertrauen lag die Zustimmung bei 24 Prozent, bei hohem Vertrauen bei 19 Prozent und bei sehr hohem Vertrauen bei 11 Prozent.

Auch **Wertehaltungen** wirkten sich deutlich auf den Stimmentscheid aus. Personen, die eine Schweiz bevorzugen, in der Umweltschutz wichtiger ist als wirtschaftlicher Wohlstand, stimmten der Initiative zur Hälfte (50%) zu. Bei Personen mit gemischter Wertehaltung lag der Ja-Anteil bei 18 Prozent, bei Personen, die wirtschaftlichen Wohlstand höher gewichten, bei 9 Prozent. Ein ähnliches Muster zeigt sich bei der wirtschaftspolitischen Grundhaltung. Personen, die mehr Staatseingriffe in die Wirtschaft befürworten, nahmen die Initiative mit 53 Prozent knapp mehrheitlich an. Bei Personen mit gemischter

Wertehaltung lag die Zustimmung bei 29 Prozent, bei Personen, die mehr Wettbewerb auf dem Markt bevorzugen, bei 12 Prozent. Auch die Haltung zur Ausrichtung der Landwirtschaft spielte eine Rolle. Personen, die eine stärker ökologisch orientierte Landwirtschaft bevorzugen, stimmten der Initiative zu 49 Prozent zu. Bei Personen mit gemischter Wertehaltung waren es 17 Prozent und bei Personen, die eine stärker an nachhaltigem Ertrag orientierte Landwirtschaft bevorzugen, 14 Prozent.

**Tabelle 14: Stimmverhalten nach politischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)**

| Merkmale | Ja (in %) (gewichtet) | N | Cramérs V / Stichprobenfehler |
|---|---|---|---|
| Total | 27.5 | 2092 | |
| Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10) | | | V=0.47*** |
| Linksaussen (0-2) | 68 | 272 | ± 5.6 |
| Links (3-4) | 43 | 408 | ± 4.8 |
| Mitte (5) | 18 | 496 | ± 3.4 |
| Rechts (6-7) | 12 | 427 | ± 3.1 |
| Rechtsaussen (8-10) | 8 | 346 | ± 2.9 |
| Parteisympathie | | | V=0.49*** |
| SVP | 9 | 435 | ± 2.7 |
| FDP | 9 | 302 | ± 3.2 |
| Die Mitte | 12 | 281 | ± 3.8 |
| GLP | 44 | 141 | ± 8.2 |
| SP | 48 | 371 | ± 5.1 |
| GPS | 76 | 138 | ± 7.2 |
| andere Partei | 34 | 128 | ± 8.2 |
| keine | 20 | 175 | ± 5.9 |
| Vertrauen in Wissenschaft | | | V=0.18*** |
| sehr gering bis gering (0-4) | 11 | 181 | ± 4.6 |
| mittel (5) | 19 | 226 | ± 5.1 |
| hoch (6-7) | 23 | 410 | ± 4.1 |
| sehr hoch (8-10) | 34 | 1194 | ± 2.7 |
| Vertrauen in Umweltverbände | | | V=0.43*** |
| sehr gering bis gering (0-4) | 9 | 619 | ± 2.3 |
| mittel (5) | 15 | 421 | ± 3.4 |
| hoch (6-7) | 31 | 489 | ± 4.1 |
| sehr hoch (8-10) | 57 | 483 | ± 4.4 |
| Vertrauen in Tierschutzorganisationen | | | V=0.3*** |
| sehr gering bis gering (0-4) | 13 | 574 | ± 2.8 |
| mittel (5) | 25 | 411 | ± 4.2 |

| | | | |
|---|---|---|---|
| hoch (6-7) | 29 | 506 | ± 4 |
| sehr hoch (8-10) | 48 | 497 | ± 4.4 |
| **Vertrauen in Schweizer Bauernverband** | | | **V=0.27*** ** |
| sehr gering bis gering (0-4) | 41 | 709 | ± 3.6 |
| mittel (5) | 24 | 398 | ± 4.2 |
| hoch (6-7) | 19 | 412 | ± 3.8 |
| sehr hoch (8-10) | 11 | 389 | ± 3.1 |
| **Wertehaltung: A) eine Schweiz, in der Umweltschutz wichtiger ist als der wirtschaftliche Wohlstand, oder B) eine Schweiz, in der wirtschaftlicher Wohlstand wichtiger ist als der Umweltschutz** | | | **V=0.38*** ** |
| Umweltschutz wichtiger | 50 | 717 | ± 3.7 |
| gemischte Wertehaltung | 18 | 851 | ± 2.6 |
| wirtschaftlicher Wohlstand wichtiger | 9 | 382 | ± 2.9 |
| **Wertehaltung: A) eine Schweiz mit mehr Staatseingriffen in die Wirtschaft oder B) eine Schweiz mit mehr Wettbewerb auf dem Markt** | | | **V=0.33*** ** |
| mehr Staatseingriffe | 53 | 376 | ± 5.1 |
| gemischte Wertehaltung | 29 | 824 | ± 3.1 |
| mehr Wettbewerb | 12 | 623 | ± 2.6 |
| **Wertehaltung: A) Eine Landwirtschaft, die mehr ökologisch orientiert ist oder B) eine Landwirtschaft, die mehr an nachhaltigem Ertrag orientiert ist?** | | | **V=0.35*** ** |
| ökologische Landwirtschaft | 49 | 633 | ± 3.9 |
| gemischte Wertehaltung | 17 | 702 | ± 2.8 |
| Landwirtschaft mit nachhaltigem Ertrag | 14 | 615 | ± 2.7 |

Angegeben ist jeweils die ungewichtete Anzahl Befragter (n) in jeder Merkmalsgruppe (Konfidenzniveau = 95%). Cramérs V-Tests (auf die Abhängigkeit der Variablen, d.h. H0: V=0) und Stichprobenfehler. *** = p < 0.001, ** = p < 0.01, * = p < 0.05.

Neben den politischen Merkmalen prägten auch soziodemografische Faktoren das Stimmverhalten zur Ernährungsinitiative (Tabelle 15). Der Vergleich zwischen den Altersgruppen zeigt einen schwachen, aber statistisch signifikanten Zusammenhang: Jüngere Stimmende unterstützten die Vorlage tendenziell häufiger als ältere. Bei den 18- bis 29-Jährigen lag der Ja-Anteil bei 35 Prozent, bei den 30- bis 49-Jährigen bei je 32 Prozent. In den älteren Altersgruppen fiel die Zustimmung tiefer aus: Die 50- bis 59-Jährigen stimmten der Initiative zu 24 Prozent zu, die 60- bis 69-Jährigen zu 28 Prozent und die über 70-Jährigen zu 22 Prozent. Auch nach Geschlecht zeigen sich statistisch signifikante Unterschiede. Frauen stimmten der Ernährungsinitiative mit 31 Prozent häufiger zu als Männer mit 24 Prozent. Der Blick auf den Bildungsgrad lässt ebenfalls einen deutlichen Zusammenhang erkennen. Am höchsten war die Zustimmung bei Hochschulabsolvent:innen mit 40 Prozent. Personen ohne nachobligatorische Bildung (23%) und Personen mit Maturität

oder höherer Berufsbildung (24%) lagen deutlich tiefer. Am geringsten war die Zustimmung bei Personen mit beruflicher Grundbildung oder Berufslehre mit 19 Prozent. Beim Haushaltseinkommen zeigen sich demgegenüber keine statistisch signifikanten Unterschiede.

**Tabelle 15: Stimmverhalten nach soziodemographischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)**

| Merkmale | Ja (in %) (gewichtet) | n | Cramérs V / Stichprobenfehler |
|---|---|---|---|
| Total | 27.5 | 2092 | |
| Alter | | | V=0.1* |
| 18-29 Jahre | 35 | 221 | ± 6.3 |
| 30-39 Jahre | 32 | 246 | ± 5.8 |
| 40-49 Jahre | 32 | 274 | ± 5.5 |
| 50-59 Jahre | 24 | 386 | ± 4.3 |
| 60-69 Jahre | 28 | 494 | ± 4 |
| 70 Jahre und älter | 22 | 471 | ± 3.7 |
| Geschlecht | | | V=0.08** |
| Mann | 24 | 1026 | ± 2.6 |
| Frau | 31 | 1066 | ± 2.8 |
| Bildungsgrad | | | V=0.2*** |
| keine nachobligatorische Bildung | 23 | 106 | ± 8.1 |
| Berufliche Grundbildung/Berufslehre | 19 | 689 | ± 2.9 |
| Maturität/höhere Berufsbildung | 24 | 529 | ± 3.6 |
| Fachhochschule/Uni/ETH/Doktorat | 40 | 718 | ± 3.6 |
| Haushaltseinkommen | | | V=0.05 |
| bis CHF 3'000 | 25 | 81 | ± 9.5 |
| CHF 3-5'000 | 28 | 216 | ± 6 |
| CHF 5-7'000 | 26 | 319 | ± 4.8 |
| CHF 7-9'000 | 32 | 317 | ± 5.1 |
| CHF 9-11'000 | 31 | 258 | ± 5.7 |
| über CHF 11'000 | 29 | 596 | ± 3.6 |

Angegeben ist jeweils die ungewichtete Anzahl Befragter (n) in jeder Merkmalsgruppe (Konfidenzniveau = 95%). Cramérs V-Tests (auf die Abhängigkeit der Variablen, d.h. H0: V=0) und Stichprobenfehler. *** = p < 0.001, ** = p < 0.01, * = p < 0.05.

## 5.3 Die Motive

Anhand einer offenen Frage wurden die wichtigsten Gründe für ein Ja bzw. ein Nein erhoben. Die Ja-Motive zur Ernährungsinitiative (Tabelle 16) lassen sich in drei Hauptkategorien gliedern: Nachhaltigkeitsgründe (31% aller Erstnennungen, 41% aller Nennungen), Versorgungssicherheit (28% resp. 33%) sowie Umweltgründe (14% resp. 21%).

Nachhaltigkeitsbezogene Motive standen für viele Ja-Stimmende im Vordergrund. Am häufigsten wurde dabei der Wunsch genannt, die Produktion tierischer Lebensmittel weniger zu fördern (14% resp. 18%). Ebenfalls relevant waren der Klimaschutz (10% resp. 12%) sowie eine stärkere Förderung der Produktion pflanzlicher Lebensmittel (6% resp. 10%).

Eine zweite, ähnlich wichtige Motivgruppe bildete die Versorgungssicherheit. 28 Prozent der Ja-Stimmenden nannten entsprechende Argumente als Hauptgrund, bei allen Nennungen waren es 33 Prozent. Im Zentrum stand dabei das Ziel, einen höheren Selbstversorgungsgrad zu erreichen (13% resp. 16%). Daneben wurden die Reduktion der Abhängigkeit von Lebensmittelimporten (8% resp. 12%) sowie die Produktion von mehr Lebensmitteln für Menschen statt Futtermitteln (5% resp. 7%) genannt.

Umweltgründe spielten ebenfalls eine Rolle, blieben aber gegenüber den beiden Hauptmotivgruppen nachgeordnet. Genannt wurden insbesondere der Schutz und die Sicherung von Trink- und Grundwasser (5% resp. 10%) sowie der Erhalt bzw. die Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit (2% resp. 4%).

**Tabelle 16: Entscheidungsgründe Pro (in % der Ja-Stimmenden)**

| Gründe | Hauptgrund | | alle Nennungen | |
|---|---|---|---|---|
| | in % | N | in % | n |
| **Nachhaltigkeitsgründe** | 31 | 153 | 41 | 210 |
| Produktion tierischer Lebensmittel weniger fördern | 14 | 65 | 18 | 93 |
| Klima schützen/Klimawandel entgegenwirken | 10 | 46 | 12 | 59 |
| Produktion pflanzlicher Lebensmittel stärker fördern | 6 | 29 | 10 | 49 |
| **Versorgungssicherheit** | 28 | 162 | 33 | 191 |
| höheren Selbstversorgungsgrad erreichen | 13 | 73 | 16 | 90 |
| Abhängigkeit von Lebensmittelimporten reduzieren | 8 | 56 | 12 | 72 |
| mehr Lebensmittel für Menschen statt Futtermittel produzieren | 5 | 26 | 7 | 33 |
| **Umweltgründe** | 14 | 78 | 21 | 119 |
| Trink-/Grundwasser schützen und sichern | 5 | 26 | 10 | 56 |
| Bodenfruchtbarkeit erhalten/verbessern | 2 | 9 | 4 | 20 |
| **Allgemeines** | 23 | 118 | 30 | 158 |
| **Anderes** | 0 | 1 | 0 | 1 |
| **Empfehlungen** | 1 | 8 | 1 | 8 |
| **offensichtlich falsche Antworten/Verwechslungen** | 13 | 92 | 37 | 235 |
| **weiss nicht/keine Antwort** | 5 | 34 | 5 | 34 |

Gewichtete Resultate. Anteil der Ja-Stimmenden, die den Entscheidungsgrund genannt haben. Die Befragten notierten häufig mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben.

Bei den Nein-Motiven (Tabelle 17) lassen sich ebenfalls drei Argumentationskategorien erkennen. Die Ablehnung stützte sich insbesondere auf Bedenken zur Umsetzbarkeit (34% aller Erstnennungen, 39% aller Nennungen), auf gesellschaftliche Gründe (20% resp. 24%) sowie auf Gründe mit Bezug zur Landwirtschaft (8% resp. 12%).

Bedenken zur Umsetzbarkeit dominierten das Nein-Lager. Im Vordergrund stand dabei die Einschätzung, dass die Initiative zu weitgehend oder zu radikal sei (15% resp. 17%). Weitere 9 Prozent (resp. 12%) hielten die Forderungen generell für nicht realisierbar. 4 Prozent (resp. 5%) beurteilten das Ziel eines Selbstversorgungsgrads von 70 Prozent als unrealistisch.

Eine zweite Kategorie bildeten gesellschaftliche Gründe. Ein Teil der Nein-Stimmenden verwies auf die Konsumfreiheit und lehnte eine staatliche Bevormundung ab (14% resp. 18%). Weitere 5 Prozent der Hauptgründe und 8 Prozent aller Nennungen betrafen die Sorge vor einem Vegan-Zwang bzw. einer zu starken Einschränkung tierischer Lebensmittel.

Eine dritte Kategorie bildeten Gründe mit Bezug zur Landwirtschaft. Genannt wurden dabei eine sinkende Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Landwirtschaft (2% resp. 4%) sowie eine zu starke Einschränkung der Tierhaltung (2% resp. 3%).

Auffällig ist bei beiden Stimmseiten der hohe Anteil offensichtlich falscher Antworten oder Verwechslungen. Bei den Ja-Stimmenden betraf dies 13 Prozent der Erstnennungen (resp. 37% aller Nennungen), bei den Nein-Stimmenden 21 Prozent (resp. 45%).

**Tabelle 17: Entscheidungsgründe Kontra (in % der Nein-Stimmenden)**

| Gründe | Hauptgrund | | alle Nennungen | |
|---|---|---|---|---|
| | in % | N | in % | n |
| **Umsetzbarkeit** | 34 | 535 | 39 | 594 |
| Initiative zu weitgehend/zu radikal | 15 | 249 | 17 | 279 |
| Forderungen generell nicht realisierbar | 9 | 134 | 12 | 166 |
| Ziel von 70 Prozent Selbstversorgung unrealistisch | 4 | 62 | 5 | 72 |
| **Gesellschaftliche Gründe** | 20 | 263 | 24 | 329 |
| Konsumfreiheit/keine staatliche Bevormundung | 14 | 186 | 18 | 237 |
| Vegan-Zwang/zu starke Einschränkung tierischer Lebensmittel | 5 | 75 | 8 | 109 |
| **Landwirtschaftsgründe** | 8 | 130 | 12 | 181 |
| Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Landwirtschaft sinkt | 2 | 36 | 4 | 61 |
| Tierhaltung wird zu stark eingeschränkt | 2 | 28 | 3 | 37 |
| **Allgemeines** | 6 | 93 | 9 | 133 |
| **Anderes** | 0 | 1 | 0 | 1 |

| Gründe | Hauptgrund | | alle Nennungen | |
|---|---|---|---|---|
| | in % | N | in % | n |
| Empfehlungen | 2 | 39 | 4 | 62 |
| offensichtlich falsche Antworten/Verwechslungen | 21 | 316 | 45 | 703 |
| weiss nicht/keine Antwort | 12 | 189 | 12 | 189 |

Gewichtete Resultate. Anteil der Nein-Stimmenden, die den Entscheidungsgrund genannt haben. Die Befragten notierten häufig mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben.

## 5.4 Die Resonanz der Abstimmungsargumente

Tabelle 18 zeigt den Grad der Zustimmung und Ablehnung zu ausgewählten Pro- und Kontra-Argumenten zur Ernährungsinitiative, differenziert nach Ja- und Nein-Stimmenden. Je stärker Ja- und Nein-Stimmende in ihrer Bewertung auseinanderliegen, desto eher lässt sich ein Argument als prägend für den Stimmentscheid interpretieren.

Insgesamt zeigt sich, dass die Pro-Argumente im Total eine hohe Zustimmung erreichten und auch bei den Nein-Stimmenden mehrheitlich geteilt wurden. Die Kontra-Argumente polarisierten demgegenüber stärker zwischen den beiden Stimmseiten.

Über alle Argumente hinweg erzielte das Pro-Argument zum Schutz der Wasservorkommen die höchste Zustimmung. Demnach gefährden Klimawandel und Verschmutzung die Wasservorkommen, weshalb es eine nationale Planung brauche, die sauberes Trinkwasser und das dafür nötige Grundwasser sichert. Insgesamt stimmten 81 Prozent dieser Aussage zu. Unter den Ja-Stimmenden war dieses Argument mit 94 Prozent Zustimmung nahezu unbestritten. Auch im Nein-Lager war es mit 77 Prozent klar mehrheitsfähig. Das Argument, wonach die Schweiz heute zu wenig Lebensmittel selbst produziere, zu stark vom Ausland abhängig sei und bei einem Ausfall der Importe in einer Krise ihre Bevölkerung nicht ausreichend aus eigener Produktion ernähren könne, erhielt insgesamt 68 Prozent Zustimmung. Bei den Ja-Stimmenden lag die Zustimmung bei 84 Prozent, bei den Nein-Stimmenden bei 63 Prozent. Das Pro-Argument, das am stärksten polarisierte, war jenes, wonach eine höhere Biodiversität zu höheren landwirtschaftlichen Erträgen führe und nachhaltige Anbausysteme die Bodenfruchtbarkeit stärken sowie Pestizide und Dünger ersetzen könnten. Insgesamt stimmten 65 Prozent der Aussage zu. Bei den Ja-Stimmenden fand dieses Argument mit 86 Prozent breite Zustimmung, bei den Nein-Stimmenden mit 59 Prozent ebenfalls eine Mehrheit.

Bei den Kontra-Argumenten fand das Argument zur Realisierbarkeit des Selbstversorgungsziels die höchste Gesamtzustimmung. 68 Prozent der Stimmenden waren einverstanden mit der Aussage, dass es kaum realistisch sei, den Netto-Selbstversorgungsgrad innerhalb von zehn Jahren auf 70 Prozent zu erhöhen. Unter den Nein-Stimmenden lag die Zustimmung bei 74 Prozent. Bemerkenswert ist, dass auch eine Mehrheit der Ja-Stimmenden (54%) diese Einschätzung teilte. Das Argument, wonach die Initiative starre Fristen setze und laufende Investitionen gefährde, was zu hohen Kosten führe, erhielt insgesamt 62 Prozent Zustimmung. Unter den Nein-Stimmenden stimmten 74 Prozent zu, während bei den Ja-Stimmenden 35 Prozent einverstanden und 49 Prozent nicht einverstanden waren. Damit war dieses Argument das am stärksten polarisierende aller getesteten Argumente. Das Argument, wonach mehr pflanzliche Lebensmittel aus der Schweiz zu

staatlichen Vorgaben für die Ernährung führen würden, fand insgesamt die geringste Zustimmung. 45 Prozent der Stimmenden waren einverstanden, 39 Prozent nicht. Bei den Nein-Stimmenden lag die Zustimmung bei 54 Prozent, bei den Ja-Stimmenden bei 26 Prozent.

**Tabelle 18: Pro- und Kontra-Argumente im Total und die Anteile der Ja- und Nein-Stimmenden (in %)**

| Pro Argumente | | einverstanden | nicht einverstanden | weiss nicht / keine Angabe |
|---|---|---|---|---|
| Die Schweiz produziert heute zu wenig Lebensmittel selbst und ist zu stark vom Ausland abhängig. Fallen Importe in einer Krise aus, kann sie ihre Bevölkerung nicht ausreichend aus eigener Produktion ernähren. | total | 68 | 22 | 10 |
| | Ja-Stimmende | 84 | 10 | 6 |
| | Nein-Stimmende | 63 | 27 | 10 |
| Klimawandel und Verschmutzung gefährden unsere Wasservorkommen. Es braucht eine nationale Planung, die sauberes Trinkwasser und das dafür nötige Grundwasser sichert. | total | 81 | 12 | 8 |
| | Ja-Stimmende | 94 | 3 | 3 |
| | Nein-Stimmende | 77 | 15 | 8 |
| Je höher die Biodiversität, desto höher die landwirtschaftlichen Erträge. Nachhaltige Anbausysteme stärken Bodenfruchtbarkeit und können Pestizide und Dünger ersetzen. | total | 65 | 23 | 12 |
| | Ja-Stimmende | 86 | 8 | 6 |
| | Nein-Stimmende | 59 | 29 | 12 |
| **Kontra-Argumente** | | | | |
| Es ist kaum realistisch, den Netto-Selbstversorgungsgrad innerhalb von zehn Jahren auf 70 Prozent zu erhöhen. | total | 68 | 20 | 13 |
| | Ja-Stimmende | 54 | 34 | 12 |
| | Nein-Stimmende | 74 | 14 | 11 |
| Die Initiative setzt starre Fristen und gefährdet laufende Investitionen – das führt zu hohen Kosten. | total | 62 | 21 | 17 |
| | Ja-Stimmende | 35 | 49 | 16 |
| | Nein-Stimmende | 74 | 10 | 16 |
| Mehr pflanzliche Lebensmittel aus der Schweiz führen zu staatlichen Vorgaben für unsere Ernährung. | total | 45 | 39 | 16 |
| | Ja-Stimmende | 26 | 63 | 11 |
| | Nein-Stimmende | 54 | 31 | 16 |

Gewichtete Resultate. Angegeben sind Zeilenprozente. Aufgrund von Rundungen betragen die Zeilentotale nicht überall 100 Prozent. Lesebeispiel zum ersten Argument: 68 Prozent aller Stimmenden (sowie 84% aller Ja-Stimmenden bzw. 63% aller Nein-Stimmenden) pflichteten dem Pro-Argument bei, dass die Schweiz heute zu wenig Lebensmittel selbst produziert und zu stark vom Ausland abhängig ist. 22 Prozent aller Stimmenden zeigten sich damit nicht einverstanden und 10 Prozent antworteten mit «weiss nicht / keine Angabe». N für alle Argumente: Total 2'092, Ja-Stimmende 584, Nein-Stimmende 1'508.

# 6 Anhang

## 6.1 Technischer Bericht

Der hier vorliegende VOX-Bericht beruht auf der Nachbefragung zur eidgenössischen Abstimmung vom 27. September 2026, die das Forschungsinstitut gfs.bern im Auftrag der Schweizerischen Bundeskanzlei realisiert hat. Die Befragung wurde zwischen dem 28. September und dem 18. Oktober 2026 durchgeführt. Nachfolgende Tabelle liefert eine Übersicht über die technischen Eckwerte der Studie:

**Tabelle 19: Technischer Kurzbericht**

| Merkmal | Ausprägung |
|---|---|
| Auftraggeberin | Schweizerische Bundeskanzlei |
| Grundgesamtheit | Stimmberechtigte mit Wohnsitz in der Schweiz |
| Herkunft der Adressen | Stichprobenrahmen für Personen- und Haushaltserhebungen SRPH Bundesamt für Statistik BFS |
| Datenerhebung | Papierfragebogen und Online |
| Art der Stichprobenziehung<br>geschichtet nach | at random<br>Sprachregionen, Alter, Geschlecht |
| Befragungszeitraum | 28. September bis 18. Oktober 2026 |
| Stichprobengrösse | minimal 3'000 effektiv 3'266 (Papier: 1'180, Online: 2'086)<br>n DCH: 1'977 n FCH: 888 n ICH: 401<br>(Papier: n DCH: 663 n FCH: 349 n ICH: 168)<br>(online: n DCH: 1'314 n FCH: 539 n ICH: 233) |
| Stichprobenfehler | ± 1.7 Prozentpunkte bei einem Wert von 50% (und 95%iger Wahrscheinlichkeit) |

### 6.1.1 Datenerhebung

Die Datenerhebung erfolgte mit einem Mixed-Mode-Setting (Online- oder Papierfragebogen). Am Tag nach der Abstimmung erhalten die Zielpersonen aus der Bruttostichprobe ein postalisches Einladungsschreiben zur Teilnahme an der Befragung. Dem Einladungsschreiben wird ein Papierfragebogen beigelegt, um den Zielpersonen eine wahlweise Teilnahme auf diesem Weg zu ermöglichen.

Rund eine Woche nach Eintreffen des Einladungsschreibens wird ein Erinnerungsschreiben an alle Zielpersonen versendet, die bis dahin den Fragebogen weder online noch schriftlich ausgefüllt haben.

### 6.1.2 Bruttostichprobe

Grundlage der Erhebung bildet eine Stichprobe aus dem Stichprobenrahmen für Personen- und Haushaltserhebungen (SRPH) des Bundesamtes für Statistik (BFS). Der Stichprobenrahmen verwendet Daten aus den Einwohnerregistern der Gemeinden und der Kantone,

die quartalsweise aktualisiert werden. So wird eine umfassende Abdeckung der Zielpopulation (Schweizer Stimmberechtigte) gewährleistet.

Die Bruttostichprobe wird nach Sprachregionen, Alter und Geschlecht geschichtet. Die Grundgesamtheit wird dabei in drei sprachregionale Schichten unterteilt (D/F/I), aus denen je unabhängige Zufallsstichproben gezogen werden. Die so resultierende Gesamtstichprobe ist disproportional geschichtet: Teilnehmende aus der französischen und italienischen Schweiz sind in der Stichprobe überproportional vertreten, um ausreichend Fälle aus diesen Sprachregionen in der Befragung zu erfassen. So sind Aussagen auch für die kleineren Sprachregionen statistisch verlässlich. Ein designbasiertes Gewichtungsverfahren korrigiert dieses Übergewicht in der späteren Auswertung der Daten für nationale Aussagen (siehe 6.1.4 Gewichtung).

Beim BFS wurden 7'500 Adressen bestellt. Erhalten haben wir 7'409 Adressen sowie eine nicht verwendete Reserve von 1'510 Adressen. Diese Adressen bilden die Grundlage für die Befragung.

### 6.1.3 Nettostichprobe

Die durch die Umfrage generierte Nettostichprobe der VOX-Analyse zur Abstimmung vom 27. September 2026 umfasst insgesamt 3’266 Befragte (Ausschöpfung: 44%), wovon rund 61 Prozent aus der Deutschschweiz (n=1’977), 27 Prozent aus der französischsprachigen Schweiz (n=888) und rund 12 Prozent aus der italienischen Schweiz (n=401) stammen.

**Tabelle 20: Ausschöpfung der Adressen**

| Merkmal | N |
|---|---|
| Bruttostichprobe SRPH | 7’409 |
| Postretouren/verstorbene Zielpersonen | 70 |
| total gültige Adressen | 7’339 |
| Verweigerung/Abmeldungen | 43 |
| total realisierte Interviews | 3’373 |
| keine Rückmeldung trotz Erinnerungsschreiben | 3’923 |
| Löschungen aus Qualitätsgründen | 107 |
| final verwendete Interviews | 3’266 |

Diejenigen, die an der Abstimmung teilgenommen haben, sind in der Stichprobe deutlich übervertreten, die Abweichung (+21.5 Prozentpunkte) bewegt sich aber im bekannten Rahmen (siehe andere VOX-Analysen). Die Abweichung zwischen ungewichteter Stichprobe und effektivem Resultat gemessen am Ja-Anteil beträgt -3.4 Prozentpunkte bei der Neutralitätsinitiative und +0.4 Prozentpunkte bei der Ernährungsinitiative.

Die erhobenen Daten wurden durch gfs.bern validiert und plausibilisiert. 107 Interviews genügten den Qualitätsansprüchen nicht und wurden aus dem finalen Datensatz entfernt.

Offene Fragen wurden entlang eines qualitativ erstellten Codebuchs automatisch gestützt codiert. Im finalen Datensatz sind die codierten Antworten wie auch die Originalnennungen der Befragten enthalten.

Die Daten wurden vor der Auswertung anonymisiert. Alle Angaben zur konkreten Person und zum Wohnort wurden aus Gründen des Datenschutzes vernichtet.

Der anonymisierte Datensatz zur vorliegenden VOX-Analyse sowie das dazugehörige Codeschema sind bei Swissvotes (Swissvotes.ch) frei zugänglich.

### 6.1.4 Gewichtung

In einem ersten Schritt wird die Nettostichprobe als Gesamtes in einem designbasierten Gewichtungsverfahren gewichtet. Im Zentrum dieser designbasierten Gewichtung steht die Korrektur des Oversamplings in der französisch- und italienischsprachigen Schweiz.

In einem zweiten Schritt wird die «Unit Non Response» (das heisst fehlende Fälle) adressiert. Die Gewichtung wird dazu anhand soziodemographischer, geographischer und politischer Merkmale (namentlich Alter, Geschlecht, Sprache, Kanton, Parteipräferenz, Beteiligung und Stimmverhalten) kalibriert, sodass die Nettostichprobe der schweizerischen Grundgesamtheit entspricht. Hierfür wird ein automatisiertes Gewichtungsschema gewählt, in dem die Gewichtung nach vordefinierten Kriterien hinsichtlich der maximalen Abweichung maschinell erstellt wird. Die Häufigkeit sowie Reihenfolge der verschiedenen Gewichtungsschritte folgen rein auf Basis quantitativer Kennzahlen, d.h. maximaler Abweichungen.

Ein spezieller Fokus wird auf die Gewichtung der Abstimmungsbeteiligung gelegt. Für die möglichst optimale Modellierung der Beteiligung wird nicht nur auf Realdaten der Abstimmung zurückgegriffen, sondern zusätzlich auf historische Beteiligungsdaten nach Alter, Geschlecht und Sprachregion.

Mittels maschinellem Lernen werden in einem dritten Schritt die Zusammenhänge zwischen Abstimmungsteilnahme und -verhalten sowie demographischen Merkmalen identifiziert. Die Schätzung der Zusammenhänge erlaubt eine Projektion der Erkenntnisse auf die Daten der schweizerischen Strukturerhebung. Innerhalb dieser Daten sind Auswertungen auf der kleinsten geographischen Einheit (Gemeindeebene) möglich. Anschliessend wird mittels «One-Hot-Encoding» anhand der relativen Schätzungen zu Teilnahme und Stimmverhalten sowie realer Gemeindedaten die wahrscheinlichste Verteilung von individueller Abstimmungsbeteiligung und Stimmverhalten bestimmt.

Die Gewichtung der ausgewählten demographischen und politischen Messgrössen in den gesammelten Daten wird schliesslich in einem vierten Schritt anhand dieser Strukturdaten vollzogen. Der Aufbau der Strukturdaten erlaubt es, die politische Gewichtung nicht rein auf Basis geografischer Merkmale durchzuführen. Vielmehr können durch die vorhandenen Merkmale definierte Personengruppen entsprechend ihrer modellierten Werte gewichtet werden.

Die Gewichtung der Vorlage mit der höchsten Stimmbeteiligung dient als Gewichtung für Auswertungen über den gesamten Datensatz. Für vorlagenspezifische Auswertungen werden die jeweiligen Gewichtungen verwendet.

### 6.1.5 Auswertung und Stichprobenfehler

Befragungswerte unterliegen stets einem Zufallsfehler. In der VOX-Analyse wird für jeden ermittelten Wert das 95 Prozent-Konfidenzintervall ausgewiesen. Dieses gibt die Bandbreite an, innerhalb welcher der wahre Wert in der Grundgesamtheit mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent zu liegen kommt.

Das Konfidenzintervall ist vom Stichprobenumfang wie auch der Verteilung der Variablenwerte abhängig. Bei einem ausgeglichenen Verhältnis von Ja- und Nein-Stimmenanteilen (d.h. einem Anteil von 50 % Ja-Stimmen und 50 % Nein-Stimmen) und einem Stichprobenumfang von rund 1'000 Befragten beträgt der Stichprobenfehler +/-3.2 Prozentpunkte. Mit anderen Worten: Der tatsächliche Stimmenanteil würde in diesem Beispiel mit einer 95-Prozent-Wahrscheinlichkeit zwischen 46.8 und 53.2 Prozent (Konfidenzintervall) liegen.

Die Länge des Konfidenzintervalls erhöht sich mit abnehmender Befragtenzahl. Vor allem bei kleinen Subgruppen erhöht sich der Stichprobenfehler auf ein Mass, welches die statistische Aussagekraft der Stichprobenwerte erheblich beeinträchtigt.

**Tabelle 21: Stichprobenfehler**

**ausgewählte statistische Stichprobenfehler nach Stichprobengrösse und Basisverteilung**

| Stichprobengrösse | Stichprobenfehler Basisverteilung | |
|---|---|---|
| | 50% zu 50% | 20% zu 80% |
| N = 3'000 | ±1.8 Prozentpunkte | ±1.4 Prozentpunkte |
| N = 2'200 | ±2.1 Prozentpunkte | ±1.7 Prozentpunkte |
| N = 1'000 | ±3.2 Prozentpunkte | ±2.5 Prozentpunkte |
| N = 600 | ±4.1 Prozentpunkte | ±3.3 Prozentpunkte |
| N = 100 | ±10.0 Prozentpunkte | ±8.1 Prozentpunkte |
| N = 50 | ±14.0 Prozentpunkte | ±11.5 Prozentpunkte |

Lesebeispiel: Bei rund 1'000 Befragten und einem ausgewiesen Wert von 50 Prozent liegt der effektive Wert zwischen 50 Prozent ±3.2 Prozentpunkte, bei einem Basiswert von 20 Prozent zwischen 20 Prozent ±2.5 Prozentpunkte. Dabei setzt man in der Umfrageforschung zumeist ein Sicherheitsmass von 95 Prozent, das heisst man akzeptiert eine Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 Prozent, dass der nachgewiesene statistische Zusammenhang so in der Bevölkerung nicht vorhanden ist. Die Zahlenwerte basieren auf der Varianzformel für einfache Zufallsstichproben.

Bei der Analyse des Stimmentscheides wurden immer nur die Unterschiede im materiellen Entscheid, d.h. zwischen Ja- und Nein-Stimmenden untersucht. Jene Abstimmenden, die leer einlegten bzw. sich nicht erinnern konnten, wurden nicht berücksichtigt.

Als Beziehungsmass für bivariate Beziehungen wurde der Koeffizient Cramer's V verwendet. Bei diesem Koeffizienten kann bei einem Wert von Null von keinem Zusammenhang und bei einem Wert von Eins von einem vollständigen Zusammenhang ausgegangen werden (grosse Effektstärke gilt ab V = 0.5, mittlere Effektstärke ab V = 0.3 und kleine Effektstärke bis V = 0.1). Die Werte für unterschiedliche bivariate Beziehungen lassen sich allerdings nicht direkt vergleichen, da die Berechnung von Cramer's V von der Anzahl Merkmalskategorien und der Fallzahl abhängt.

## 6.2 Über die Studie

### 6.2.1 Das VOX-Projekt heute

Nach jeder eidgenössischen Abstimmung führt gfs.bern im Auftrag der Bundeskanzlei eine repräsentative Umfrage durch und befragt rund 3'000 zufällig ausgewählte Stimmberechtigte. Es interessieren die Motive der Stimmberechtigten für und gegen die Teilnahme und in Bezug zu den Entscheiden. Im Vorfeld jeder Abstimmung erstellt gfs.bern in Zusammenarbeit mit Dr. Sébastien Salerno den Fragebogen für die VOX-Umfrage. Das Rückgrat dieses Fragebogens bilden die Fragebogen früherer VOX-/VOTO-Nachanalysen. Um den Wert der Datenreihe zu erhalten, werden nur vorlagenspezifische Fragen (z.B. Argumente für oder gegen eine Vorlage) jedes Mal neu formuliert. Die Ausarbeitung des Fragebogens liegt ausschliesslich in der Kompetenz von gfs.bern.

Seit November 2020 wird die Befragung online und auf Papierfragebogen durchgeführt. Zuvor wurden die Daten telefonisch bei jeweils 1'500 Stimmberechtigten erhoben. Inhaltlich stehen Fragen zur Abstimmungsteilnahme, zu den Stimmentscheiden und zu den Argumenten im Zentrum. Darüber hinaus werden Werthaltungen und Angaben zur Mediennutzung bei Abstimmungen erfragt. Den Abschluss jeder Befragung bilden statistische Fragen (z.B. Bildungs- und Zivilstand, Herkunft, Wohnverhältnisse etc.), weil man um die Wichtigkeit solcher Variablen für politisches Entscheidverhalten weiss.

Nach Abschluss der Befragung werden sämtliche Daten anonymisiert. Weder Namen noch Adressen oder Geburtsdaten sind im Datensatz für die Analyse verfügbar. Die Kontaktdaten der Studienteilnehmenden werden nach Abschluss der Befragung gelöscht. Rückschlüsse auf einzelne Personen sind daher nicht möglich. Die Daten werden in anonymisierter Form veröffentlicht und können bei Swissvotes frei heruntergeladen werden. Die alten VOX-Datensätze sind demnächst ebenfalls verfügbar auf Swissvotes. Die alten VOX-Berichte sind es bereits.

### 6.2.2 Wer finanziert die VOX-Studien

Die Schweizerische Bundeskanzlei finanziert die VOX-Studien. Sie hat im Namen des Bundesrates eine öffentliche Ausschreibung gemacht und daraufhin das Forschungsinstitut gfs.bern beauftragt, die Umfragen für die laufende Legislatur durchzuführen.

Weitere Informationen finden sich auf vox.gfsbern.ch.

## 6.3 gfs.bern-Team


### LUKAS GOLDER

Co-Leiter und Präsident des Verwaltungsrats gfs.bern, Politik- und Medienwissenschafter, MAS FH in Communication Management, NDS HF Chief Digital Officer, Dozent an der Hochschule Luzern und dem KPM Universität Bern

✉ lukas.golder@gfsbern.ch




Schwerpunkte:
integrierte Kommunikations- und Kampagnenanalysen, Image- und Reputationsanalysen, Medienanalysen / Medienwirkungsanalysen, Jugendforschung und gesellschaftlicher Wandel, Abstimmungen, Wahlen, Modernisierung des Staates, gesundheitspolitische Reformen

Publikationen in Sammelbänden, in Fachmagazinen, in der Tagespresse und im Internet


### DR. TOBIAS KELLER

Senior Projektleiter und Mitglied der Geschäftsleitung, Kommunikationswissenschafter, Dr. phil.

✉ tobias.keller@gfsbern.ch




Schwerpunkte:
politische Kommunikation, Wahlen, Abstimmungen, (digitale) Kampagnen, Issue Monitoring, Image- und Reputationsanalysen, Medienanalysen, Digitalisierung, Social Media, computergestützte Methoden, quantitative Analysen

Publikationen in internationalen und nationalen Fachmagazinen, in der Tagespresse und im Internet




## INA GUTJAHR

Junior Projektleiterin

✉ ina.gutjahr@gfsbern.ch


Schwerpunkte:
Abstimmungen, Umweltpolitik, Energiepolitik, Digitalisierung, qualitative und quantitative Methoden




## SARA RELLSTAB

Data Scientist
Ökonomin PhD

✉ sara.rellstab@gfsbern.ch


Schwerpunkte:
Datenanalyse, Programmierungen, Visualisierungen, Recherchen, quantitative und qualitative Methoden




## ALESSIA RAINONE

Junior Data Scientist

✉ alessia.rainone@gfsbern.ch


Schwerpunkte:
Datenanalyse, Programmierungen, Visualisierungen, Recherchen, quantitative und qualitative Methoden



**ZOE BOSSHARD**

Praktikantin Data Scientist

✉ zoe.bosshard@gfsbern.ch

Schwerpunkte:
Datenanalyse, Programmierungen, Visualisierungen, Recherchen, quantitative und qualitative Methoden



**MARGRET TSCHANZ**

Projektmitarbeiterin/ Administration

✉ margret.tschanz@gfsbern.ch

Schwerpunkte:
Recherchen, Lektorate, Visualisierungen, Projektadministration



**ROLAND REY**

Projektmitarbeiter / Administration

✉ roland.rey@gfsbern.ch

Schwerpunkte:
Desktop-Publishing, Visualisierungen, Projektadministration, Vortragsadministration

gfs.bern ag
Effingerstrasse 14
CH – 3011 Bern
+41 31 311 08 06
info@gfsbern.ch
www.gfsbern.ch

Das Forschungsinstitut gfs.bern ist Mitglied des Verbands Schweizer Markt- und Sozialforschung und garantiert, dass keine Interviews mit offenen oder verdeckten Werbe-, Verkaufs- oder Bestellabsichten durchgeführt werden.

Mehr Infos unter www.schweizermarktforschung.ch

SWISS INSIGHTS
Corporate Member

gfs.bern